

- 1 UNO-Schutztruppe statt Waffen an Kurden
- 3 Kommentar zur Revision des Zivildienstgesetzes
- 4 Nein zu Ecopop! Argumente zum 30. November
- 8 Sumatra: Die Folgen der Palmölproduktion

- 14 Ukraine: Die Folgen des Maidan-Aufstandes
- 18 Ukraine: Eine Road-Map zur Deeskalation
- 20 1914-1918: Im Feuer der Propaganda
- 23 Friedensveranstaltungen im Herbst

Was tun gegen (drohenden) Völkermord und gegen den «Islamischen Staat»?

Eine UNO-Schutztruppe im Irak statt Waffenlieferungen an Kurden

Nach den USA, Frankreich und Grossbritannien will jetzt auch Deutschland Waffen an die kurdischen Peschmerga im Nordirak liefern, damit diese die Zivilbevölkerung gegen weitere Vertreibung und Ermordung durch die Terrormilizen des «Islamischen Staates» (IS) schützen. Doch ist die Lieferung von Waffen das geeignete Mittel, um dieses Ziel zu erreichen?

/ Andreas Zumach, Genf /

In der Geschichte der internationalen Konflikte seit Ende des Zweiten Weltkrieges gibt es hierfür kein erfolgreiches Beispiel. Hingegen jedoch zahlreiche Fälle, in denen gelieferte Waffen von den unmittelbaren oder mittelbaren Empfängern zur Führung von Kriegen, Völkermord, Vertreibung, gewaltsamer Unterdrückung und anderen schweren Menschenrechtsverletzungen genutzt wurden. Um die von den IS-Milizen an Leib und Leben bedrohten Menschen verlässlich zu schützen und den schon über 500'000 Vertriebenen und Flüchtlingen die sichere Rückkehr in ihre Heimatorte zu ermöglichen, müssten die kurdischen Peschmer-

ga die inzwischen von den IS-Milizen kontrollierten Städte und Regionen zurückerobern. Dafür bräuchten sie Waffen und militärische Logistik, die den hochmodernen, überwiegend aus US-amerikanischen Rüstungsschmieden stammenden Waffen des IS überlegen sind. Doch das steht weder in Washington noch in Paris, London oder Berlin auf der Tagesordnung.

Über die Art von Waffen, die die Peschmerga bereits von den USA, Frankreich und Grossbritannien erhalten haben und nun auch aus Deutschland bekommen sollen, verfügen die IS-Milizen längst. Auch über Milan-Raketen, deren Lieferung die deutsche Bundesregierung erwägt, damit die Kurden die Panzer der IS bekämpfen können. Es droht ein möglicherweise monatelanger Stellungs- und Abnutzungskrieg mit vielen Toten und Verwundeten auf

beiden Seiten (wobei die IS-Milizen wahrscheinlich das grössere Reservoir an entschlossenen Kämpfern haben) sowie mit fortgesetzten Übergriffen der IS-Milizen gegen die Zivilbevölkerung.

Schutz nur mit einer robust mandatierten UNO-Truppe

Deren effektiver Schutz liesse sich nur gewährleisten durch eine robust ausgerüstete und mit einem robusten Mandat versehene UNO-Truppe – möglichst unter Beteiligung von Soldaten aller fünf Vetomächte des Sicherheitsrates (USA, Russland, China, Frankreich und Grossbritannien). Doch vor dieser konsequenten Forderung nach einer derartigen Schutztruppe schrecken bislang nicht nur die Befürworter von Waffenlieferungen in Washington und diversen EU-Hauptstädten zurück, sondern auch (ehemalige) Pazifisten, die sich – wie

zum Beispiel Cap-Ana-mur-Gründer Rupert Neudeck – jetzt für die Bewaffnung der Kurden aussprechen.

Sie tun dies, obwohl sie genau wissen, dass kein anderes Land und keine andere Region der Welt in den letzten 50 Jahren so sehr durch Waffenlieferungen ver-



Fortsetzung Seite 2

Ukraine-Sanktionen: Abseits stehen ist keine Lösung

Die sich monatelang zuspitzende Konfrontation zwischen Russland und der Ukraine um «Neurussland» bzw. die östliche Ukraine ist unterdessen auch zu einem heftig umstrittenen Problem der Schweizer Politik geworden. Da der UNO-Sicherheitsrat seine friedenspolitische Aufgabe nicht wahrnehmen kann, hat gewissermassen stellvertretend die EU wirtschaftliche und diplomatische Sanktionen gegen Russland ergriffen. Diese sind selbstverständlich für die Schweiz nicht bindend. Aber bliebe die Schweiz völlig untätig und würde das Unterlaufen und Umgehen der Sanktionen ungehindert zulassen, so würde ihr das grössere Probleme nicht nur mit den europäischen Staaten bescheren.

Das alte Schweizer Rezept jedenfalls, in Konflikten keine politische Verantwortung zu übernehmen, sich hinter der Neutralität zu verschanzen und dafür umso mehr Geschäfte zu machen, kann nicht funktionieren (auch wenn die SVP das so haben möchte). Aber genügt es, wenn die Schweiz lediglich Massnahmen zur Verhinderung der Umgehung von EU-Sanktionen trifft? Neutralität ist in diesem Fall keine Lösung. Denn es handelt sich ja nicht um einen Krieg zwischen zwei Staaten. Die ukrainische Armee ist legitimiert, für die Wiederherstellung der verfassungsmässigen Ordnung gegen Rebellenkräfte vorzugehen. Und nicht nur die Annexion der Krim durch Russland war völkerrechtswidrig, sondern auch ihre Unterstützung der Rebellen bzw. die jetzt zutage getretene offene direkte Intervention.

Die Zeit, in der sich die Schweiz – mit der Berufung auf die Vermittlungsaufgabe im Rahmen der OSZE – von der Frage eigener Sanktionen gegen Russland dispensieren konnte, ist definitiv am Abflauen. Und um die OSZE-Vermittlungsaktion unter der Führung unseres Bundespräsidenten Burkhaller ist es auffallend still geworden. Könnte ihr der Vorschlag einer 'Road-Map' für die Ukraine (Seite 18) wieder Auftrieb geben? Viel Zeit bleibt der Schweizer OSZE-Präsidentschaft jedenfalls nicht mehr.

Fortsetzung von Seite 1

heert und destabilisiert wurde wie der Irak und seine Nachbarschaft.

Ab 1979 rüsteten die westdeutsche Bundesrepublik, andere NATO-Staaten und die Sowjetunion gemeinsam den Diktator Saddam Hussein für seinen achtjährigen Golfkrieg gegen den islamischen Iran auf. Deutschland lieferte Bagdad damals Produktionsanlagen, das Know-how und die Grundsubstanzen zur Herstellung von Chemiewaffen, die von Saddam Hussein dann nicht nur mit logistischer Unterstützung der USA und mit verheerenden Folgen gegen den Iran eingesetzt wurden, sondern 1988 auch gegen die Kurden im Nordirak.

Waffen fallen in andere Hände

1990 überfiel der Irak mit Hilfe der von West und Ost gelieferten Waffen Kuwait. Nach dem 2. Golfkrieg 1991 wurden die bis heute miteinander konkurrierenden kurdischen Gruppen im Nordirak aufgerüstet. Und nach dem 3. Golfkrieg 2003 folgte zunächst die wechselseitige Aufrüstung sunnitischer und schiitischer Milizen durch die US-Besatzer zwecks gegenseitiger Vernichtung als 'Terroristen' und schliesslich die Aufrüstung der irakischen Armee. Aus deren Arsenale

len voller hochmoderner US-Waffen bediente sich wiederum die ISIS. Viele Millionen Menschen sind dieser Politik der Destabilisierung durch Waffenlieferung zum Opfer gefallen sind.

Es steht zu befürchten, dass auch die Waffen, die jetzt an die irakischen Kurden geliefert werden für den Kampf gegen den IS, schon bald zu anderen Zwecken eingesetzt werden. Etwa in den schwelenden Konflikten zwischen der kurdischen Autonomieregierung mit der Zentralregierung in Bagdad. Auch die Milan-Raketen eignen sich nicht nur für die von der deutschen Bundesregierung als «defensiv» gerechtfertigten Bekämpfung von Panzern der IS-Milizen, sondern auch zur Zerstörung anderer Ziele im Rahmen von militärischen Angriffshandlungen.

Zu befürchten ist auch, dass zumindest ein Teil der Waffen und Munition, die die kurdische Peschmerga jetzt aus dem Westen erhält, später in andere Hände fällt. Der Schutz der irakischen Zivilbevölkerung vor den IS-Milizen durch eine UNO-Truppe ist aber nur die unmittelbare Priorität. Wer den IS schwächen und nachhaltig aus Irak und Syrien vertreiben will, muss ihre finanzielle und militärische Unterstützung aus dem Ausland unterbinden. Und den politisch-sozialen und ideologischen Nährboden austrocknen, auf dem der IS seinen Nachwuchs rekrutiert.

FRIEDENSZEITUNG

Herausgegeben vom Schweizerischen Friedensrat SFR, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich, Telefon +41 (0)44 242 93 21, info@friedensrat.ch, www.friedensrat.ch PC-Konto 80-35870-1 SFR Zürich
Redaktion/Layout Peter Weishaupt. Mitarbeit: Andreas Zumach, Ruedi Tobler, Francine Perret, Jürgen Kräftner, Cécile Druey, Alliance sud u.a.
Bilder Titelseite: Petar Pismestrovic (Ö). Tabelle Seite 4/5: Alliance sud. Seiten 5/6: eigene. Seiten 8/9: Regina Frey. Seiten 14-18: Alexander Glyadyelov, Kiew. Seiten 20/21: Ausstellungskatalog.
Druck: gdz AG, Zürich.
Auflage: 2000 Ex., September 2014
Die Friedenszeitung erscheint vierteljährlich jeweils im März, Juni, September und Dezember. Sie geht an die Mitglieder des SFR, der Abopreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Einzelabo: Fr. 50.–. ISSN 1664-4492

Finanzielle Unterstützung des Westens für den IS beenden

Die grösste finanzielle Unterstützung für den IS und für andere, zum Teil zum Al-Kaida-Netzwerk gehörende islamistische Milizen im Nahen Osten und Nordafrika kam bislang aus den mit dem Westen verbündeten sunnitischen Staaten Saudiarabien und Katar. Die Regimes in Riad und Doha sahen in den IS-Milizen ein geeignetes Instrument gegen die schiitische Regierung im Irak sowie gegen den Einfluss Irans. Der NATO-Partner Türkei ermöglicht(e) über sein Territorium den Nachschub von Waffen und Kämpfern für den IS, damit diese die Kurden diesseits und jenseits der türkischen Grenzen mit Syrien und dem Irak bekämpfen. Solange der Westen diese Verbündeten nicht dazu bewegt, jegliche direkte wie indirekte Unterstützung für den IS und andere islamistische Milizen einzustellen, werden diese Gruppierungen eine Bedrohung bleiben.

Ein erstes wichtiges Signal wäre die sofortige Einstellung sämtlicher Expor-



te von Kriegswaffen und anderen Rüstungsgütern an Saudi-Arabien, Katar, Kuwait und allen anderen Staaten der nahöstlichen Krisen- und Kriegsregion. Diese Forderung geht nicht nur an die in absoluten Mengen grössten Lieferanten USA, Deutschland, Frankreich und Grossbritannien, sondern auch an die Schweiz. Proportional zu ihrer nur weniger als ein Zehntel so grossen Bevölkerung und Wirtschaftskraft lieferte die Schweiz in den letzten Jahren sogar mehr Waffen und Munition in diese Region.

Bislang kein erfolgreiches Beispiel für Stabilität durch Aufrüstung

Die westlichen Regierungen rechtfertigen die Aufrüstung der sunnitischen Staaten Saudiarabien, Kuwait, Katar und der anderen Golfemirate mit der Notwendigkeit, diese Länder gegen die angebliche Bedrohung durch den schiitischen Iran zu schützen. Mit der Aufrüstung der Verbündeten solle «Stabilität in der Region geschaffen werden», erklärte die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel kürzlich vor dem Parlament in Berlin. Stabilität durch Aufrüstung mit konventionellen Waffen – auch dafür gibt es in der internationalen Konfliktgeschichte bislang kein erfolgreiches Beispiel.

Vielmehr ist zu befürchten, dass die von den westlichen Demokratien an die sunnitischen Diktaturen gelieferten Waffen von diesen schon bald eingesetzt werden für neue Kriege sowie zur Unterdrückung der eigenen Bevölkerung, und damit für absehbar schwere Menschenrechtsverbrechen. Aber das hatte der Nationalrat Anfang März ja ausdrücklich gutgeheissen mit seiner skandalösen Bewilligung von Rüstungsexporten in Länder, in denen «Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzt werden».



Andreas Zumach ist UNO-Korrespondent verschiedener Zeitungen in Genf und regelmässiger **FRIEDENSZEITUNGS**-Autor



Zur Revision des Zivildienstgesetzes

Mehr Aufgaben für Zivildienstler

Ende August hat der Bundesrat der dritten Revision des Zivildienstgesetzes (ZDG) zugestimmt, nun kommt das neue Gesetz ins Parlament. In der Vernehmlassung wurde die Gesetzesvorlage insgesamt positiv aufgenommen, deshalb wurden kaum Änderungen daran vorgenommen.

/ Samuel Steiner /

Die Revision des Zivildienstgesetzes hat einen klaren Schwerpunkt: Das neue Einsatzgebiet «Schulwesen» wird die Schaffung vieler neuer Einsatzplätze ermöglichen, die Zivildienstleistenden können in Zukunft sinnvolle und nötige Einsätze in den Schulen leisten. Dabei können und sollen sie keine Lehrpersonen ersetzen, sondern deren pädagogische Arbeit ergänzen: Mit persönlicher Betreuungs- und Unterstützungsarbeit, die direkt den Kindern zugute kommt.

Mit Einsätzen an Volksschulen ist der Zivildienst in der Mitte der Gesellschaft angekommen, die Bekanntheit dieses Dienstmodells und das Verständnis für Zivildienstleistende wird damit zunehmen. SVP und FDP sowie einige Kantone lehnen das neue Einsatzgebiet ab. Dabei wird argumentiert, dass Zivildienstleistende keine pädagogische Ausbildung hätten, dass Schulkinder nicht zu viele Bezugspersonen haben sollten und dass die 42-Stunden-Woche eines Zivis nicht mit den 28 Wochenlektionen à 45 Minuten einer Lehrperson zusammenpassen würden.

SVP und FDP sowie einige Kantone sind gegen Schuleinsätze

Dabei geht vergessen, dass Zivis zur Unterstützung in mehreren Klassen, auch in Pausen und der Vor- und Nachbereitung des Unterrichts tätig sein können. Dass mehrere Bezugspersonen Kindern schaden sollen, ist eine dreiste Behauptung. Die kruden Argumente decken den ideologischen Hintergrund der Revisionsgegner auf: Kinder sollen nichts mit Militärverweigerern zu tun haben.

Die anderen Parteien und eine deutliche Mehrheit der Kantone halten die Ausweitung der Einsatzmöglichkeiten hingegen für sinnvoll. Die Stärkung der Ausbildung der Zivildienstler, die Teil des neuen Gesetzes ist, kommt überall gut an.

CIVIVA begrüsst die grundsätzliche Stossrichtung der Revision mit mehr Einsatzgebieten, verbesserter Ausbildung und optimierten Abläufen, ist jedoch nicht mit allen Vorschlägen einverstanden. So soll die Vollzugsbehörde Einblick in das Strafregister der Zivis erhalten, ohne dass diese dazu ihr Einverständnis geben, was Grundsätzen des Datenschutzes widerspricht. Die Behörden sollen weiterhin das Einverständnis der Betroffenen einholen müssen, wenn sie Informationen über laufende Strafverfahren erhalten wollen.

Einige Kritikpunkte

Die geplante Aufhebung der Spesen-zahlungen für zu Hause übernachtende Zivis macht zwar Sinn, allerdings steigt bei einer weiteren Reduktion der Spesen die Gefahr, dass Zivis mit familiären Verpflichtungen während ihres Einsatzes in finanzielle Schieflage geraten. Mit der Schaffung eines Sozialdienstes im Zivildienst, analog zum Sozialdienst der Armee, könnten solche Probleme gelöst werden.

Die Zulassung zum Zivildienst soll in Zukunft nur noch für Militärdienstpflichtige möglich sein, die Teilnahme an der militärischen Rekrutierung wäre laut dem neuen Gesetz also Pflicht. Es muss für Menschen, die jeglichen Militärdienst verweigern, eine Möglichkeit der zivilen Tauglichkeitsprüfung geben. Es kann nicht sein, dass ein zukünftiger Zivi zur Beurteilung seiner Tauglichkeit durch das Militär gezwungen wird, wenn seine Entscheidung für den Zivildienst bereits feststeht. Hier geht das Gesetz eindeutig zu weit.

Samuel Steiner ist Geschäftsführer des Schweizerischen Zivildienstverbandes CIVIVA

Ecopop = Egopop

Die Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen», lanciert von der bevölkerungspolitischen Organisation Ecopop, zur Abstimmung kommend Ende November 2014, hat viele grüne und entwicklungspolitische Menschen und Gruppen herausgefordert. Nach der Annahme der 'Masseneinwanderungsinitiative' am 9. Februar wollen sie ein zweites Debakel über den «Dichtestress» im gleichen Jahr abwenden. Bereits Monate zuvor haben sie Komitees gegen die Initiative gegründet, Argumente gegen die «unheimlichen Ökologen» gesammelt und werden sich im Abstimmungskampf stark engagieren.

Zu Recht, die Ecopop-Initiative ist auch aus friedenspolitischer Sicht eines der gefährlichsten Begehren, das in letzter Zeit vors Volk kam. Gerade weil sie so harmlos daherkommt und so einfache Lösungen anbietet. Aus vorgeblicher Sorge um den ökologischen Fussabdruck soll die jährliche Zuwanderung in die Schweiz extrem beschränkt werden. Als ob damit das geringste Problem gelöst würde, wenn die Umwelt nur noch durch uns bisherige in der Schweiz Anässige verschandelt werden darf.

Überzählig sind immer die anderen

Die Ecopop-Initiative verlangt von uns nicht etwa eine Bevölkerungsbeschränkung, sondern wälzt das angebliche Problem auf alle Leute ausserhalb unserer Grenzen ab – das Gegenteil von global denken und lokal handeln. Die Ecopop-Initiative verkommt so zu einer reinen Egopop-Abstimmung – mit noch verheerenderen Folgen für unser Verhältnis zur Europäischen Union.

Wir dokumentieren nachfolgend ein Positionspapier von Alliance sud, das sich intensiver mit der Bevölkerungsentwicklung beschäftigt (www.alliancesud.ch). Bereits ein Jahr zuvor hat die Caritas ein solches zur «Bevölkerungspolitik auf Irrwegen» publiziert (www.caritas.ch). Das Helvetas-Magazin 'Partnerschaft' vom August 2014 enthält ein Dossier zu «Mythen und Fakten rund ums Bevölkerungswachstum». Speziell der Umweltargumentation widmet sich das Komitee *Umwelt ja – ecopop-nein* (www.umwelt-ja-ecopop-nein.ch). Und mit speziellen Aktivitäten steigt das *Komitee solidarische Schweiz – Nein zu Ecopop* in den Kampf ein, dem auch der Schweizerische Friedensrat angehört und in dem sich auch etliche KünstlerInnen engagieren (www.nein-zu-ecopop.ch).

Zur 'Überbevölkerungs'-Abstimmung vom 30. November 2014

Klares Nein zu Ecopop!

Die Entwicklungsorganisation Alliance Sud und ihre Trägerorganisationen Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas und Heks empfehlen, die Ecopop-Initiative abzulehnen. Denn was die Initiative in der Verfassung verankern will, nützt weder der Umwelt noch der Familienplanung in Entwicklungsländern. Ein Positionspapier zur Abstimmung.

/ Alliance Sud /

Mit Ecopop kommt am 30. November nun schon die neunte Volksinitiative zur Abstimmung, welche die Einwanderung begrenzen will. Dieses Mal gibt sich das Begehren grün und besorgt um die Armen in den Entwicklungsländern. Konkret verlangt die Initiative eine Beschränkung der jährlichen Zuwanderung auf 0,2 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung. Ausserdem fordert sie eine Umorientierung der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit. Neu soll der Bund mindestens 10 Prozent seines Entwicklungsbudgets in die freiwillige Familienplanung in armen Ländern stecken. Damit will Ecopop in der Schweiz und global die «Überbevölkerung» stoppen und die «natürlichen Lebensgrundlagen sichern». Die Problemanalyse von Ecopop greift jedoch zu kurz und verlangt Massnahmen, die nicht zum Ziel führen werden.

Bevölkerungswachstum: Mehr Kinder oder längere Lebenserwartung?

Die Wachstumsrate der Weltbevölkerung überschritt ihren Höhepunkt in den 1960er Jahren. Seither sinkt sie. In vielen Ländern genügen heute die Geburtenraten nicht mehr, um die bestehende Bevölkerungsgrösse zu reproduzieren. Trotzdem wächst die Weltbevölkerung weiter an. Warum? Der Hauptgrund ist, dass die Menschen heute viel länger leben.

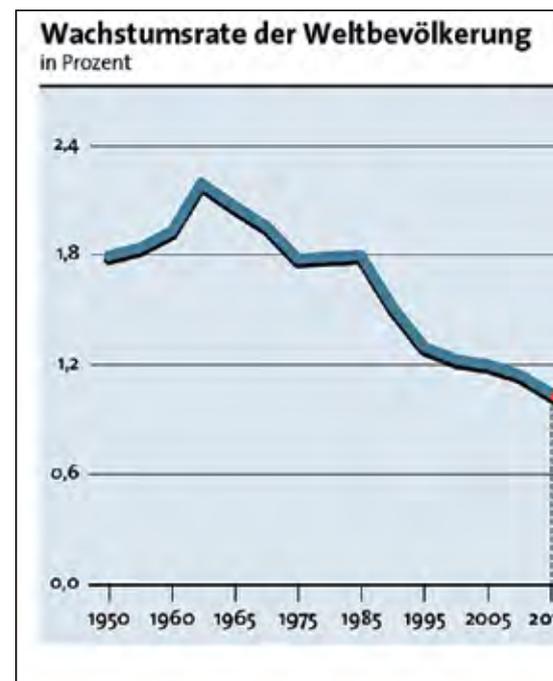
Ein Beispiel dafür ist der Iran: Gebar 1960 jede iranische Frau im Durchschnitt fast sieben Kinder, sind es 2012 noch 1,9 – bei weiter sinkender Tendenz. Das ist weniger als nötig, um die bestehende Bevölkerungsgrösse zu erhalten, dieser Wert liegt bei 2,1 Kindern. Im gleichen Zeitraum stieg die mittlere

Lebenserwartung im Iran von 45 auf 75 Jahre. Sollte die iranische Bevölkerung verkleinert werden, so würde Familienplanung nicht ausreichen, es brauchte eine Reduktion der Zahl bereits geborener Iranerinnen und Iraner.

Wachstumsrate verlangsamt sich

Natürlich gibt es auch weiterhin Länder, etwa in Schwarzafrika, in denen die Geburtenraten höher liegen. Es sind bezeichnenderweise die ärmsten Länder mit der geringsten Lebenserwartung und der höchsten Kindersterblichkeit. Nach den jüngsten Projektionen der UNO wird sich die Weltbevölkerung im Laufe dieses Jahrhunderts stabilisieren. Stand bis anhin das anhaltende Bevölkerungswachstum im Fokus, so wird sich die Diskussion künftig darum drehen, wie wir den Wohlstand der bei uns schrumpfenden Bevölkerung aufrechterhalten können.

In reichen Ländern wie der Schweiz, Deutschland oder den USA hat diese Diskussion schon begonnen. Das Wachstum der Weltbevölkerung verlangsamt sich kontinuierlich und wird 2050 bei weniger als 0,5% liegen. Gemäss dieser letzten Schätzung der UNO (von 2013) wird sich die Weltbevölkerung nach 2062 bei etwas mehr als 10 Milliarden Menschen stabilisieren.





Wer behindert die Familienplanung?

Ecopop geht davon aus, dass in vielen Entwicklungsländern eine grosse Zahl von jungen Frauen ungewollt schwanger wird. Dafür hat sich in der Fachliteratur, vor allem beim Bevölkerungsfonds der UNO, den Ecopop regelmässig zitiert, der irreführende Begriff des «ungedeckten Bedarfs an Familienplanung» durchgesetzt. Dieser «ungeddeckte Bedarf» soll durch mehr Familienplanungsstellen und einen besseren Zugang zu Ver-

hütungsmitteln beseitigt werden. Dafür soll die Schweiz mehr Entwicklungsgelder einsetzen, verlangt Ecopop.

Nun zeigen aber grossangelegte Umfragen der Weltbank, dass die betroffenen Frauen in aller Regel wissen, wie Verhütung funktioniert, und dass sie auch den nötigen Zugang zu den entsprechenden Mitteln und allfälligen Beratungsinstitutionen hätten. Dass sie trotzdem ungewollt schwanger werden, hat viel mehr mit dem Widerstand der Männer gegen Verhütung zu tun, dem sozialen Druck von Männern, Schwiegermüttern und Familien, mehr Kinder zu gebären, kulturellen und religiösen Überzeugungen sowie gesundheitlichen Ängsten.

Je gebildeter die Frauen, je besser die Geburtenplanung

Je gebildeter Frauen sind, je mehr sie über eigene wirtschaftliche Ressourcen verfügen, je besser ihre Familien wirtschaftlich gestellt sind und je einflussreicher Frauenorganisationen werden, desto mehr können sie sich gegen solche Ansprüche wehren und ihre Geburtenplanung selber in die Hand nehmen. Die staatliche und die private Entwicklungszusammenarbeit konzentrieren ihre Anstrengungen deshalb genau darauf, und zwar mit einem Vielfachen der Mittel als jenen zehn Prozent, welche die Initiative verlangt. Müssten zehn Prozent zwingend für Geburtenkontrolle eingesetzt

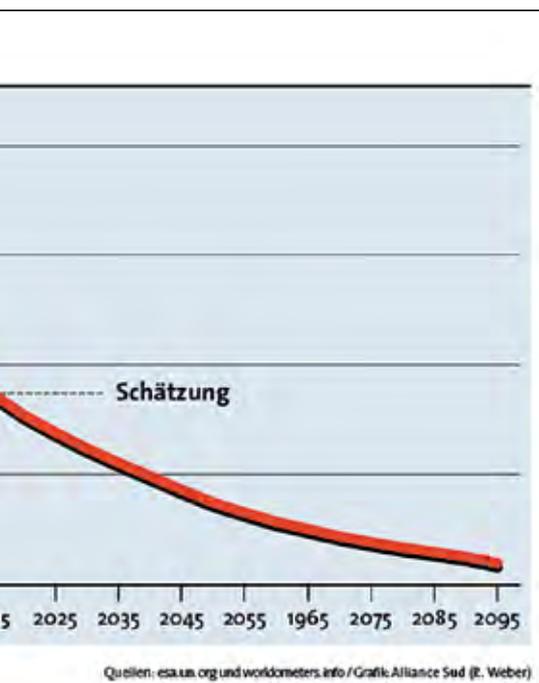
werden, so könnten wichtigere andere Projekte nicht mehr finanziert werden.

Schliesslich stellt sich die Frage, wer über die Geburtenrate entscheiden soll – die Frauen selbst oder «übergeordnete» Instanzen wie die UNO oder nationale Regierungen? 1994 verabschiedete die Weltbevölkerungs-Konferenz der UNO in Kairo Grundsätze der Familienplanung, die autoritären Modellen staatlich verordneter Geburtenkontrolle eine Absage erteilten. Seither konzentrieren sich die internationalen Bemühungen auf die Verringerung der Mütter- und Kindersterblichkeit und auf die Stärkung der Rechte der Frauen.

Umweltzerstörung: Zu viele Menschen oder zu viel Ressourcenverbrauch?

Dazu gehört auch das Recht, über ihren Körper selber verfügen zu können und damit die Emanzipation von den Entscheidungen, die Männer und Regierungen treffen. Vor allem aber auch von jenen Menschen in den reichen Ländern, die sich vor dem Bevölkerungswachstum in den armen Ländern fürchten und deshalb die selbstständige Entscheidung der Frauen in Entwicklungsländern weiter einschränken wollen.

Unbestritten ist, dass der Ressourcenverschleiss in der Schweiz und weltweit längst zu gross ist. Die Begrenzung



Fortsetzung Seite 6



Fortsetzung von Seite 5

der Bevölkerung in der Schweiz würde jedoch bei Weitem nicht ausreichen, um den übergrossen ökologischen Fussabdruck unseres Landes zu reduzieren. Wir verbrauchen viermal mehr Umweltleistungen und -ressourcen, als in der Schweiz verfügbar sind. Was schlägt Ecopop dagegen vor? Sollen die SchweizerInnen weniger Kinder haben? Das wollen sie nicht. Oder soll der Rest der Menschheit weniger Kinder machen? Dazu wollen sie mehr Entwicklungsgelder ausgeben. Oder sollen wir die Umweltbelastung pro Kopf senken?

Radikale Einwanderungsbeschränkung trägt nichts zur Lösung bei

Genau das bringen die Initianten nicht zur Abstimmung, weil sie wissen, dass die Beschränkung unseres Konsumverhaltens unpopulär ist und damit keine Abstimmung zu gewinnen ist. Eine radikale Beschränkung der Einwanderung in die Schweiz trägt nichts zur globalen Problemlösung bei, sondern verlagert das Problem ins Ausland. Der grösste Teil (65%) der Zuwanderer in der Schweiz stammt aus dem europäischen Raum. Dort aber ist der ökologische Fussabdruck oft ebenso gross wie in der Schweiz. Ob ein potenzieller Einwanderer in der Schweiz oder anderswo Treibhausgase ausstösst, ist für den globalen Klimawandel unerheblich.

Allerdings moniert Ecopop, dass Einwanderer in der Schweiz oft einen höheren Lebensstandard erhielten und deshalb die Umwelt mehr belasteten,

als wenn sie zu Hause blieben. Heisst das, dass Ecopop die Lösung der Umweltprobleme darin sieht, einen grossen Teil der Weltbevölkerung in Armut zu halten? Das wäre nicht nur zynisch, sondern auch politisch nicht vertretbar. Es würde auch nichts bringen. Denn die globale Umweltbelastung ist heute schon zu hoch, obwohl die Mehrheit der Weltbevölkerung arm ist.

Warum keine Beschränkung des westlichen Lebensstandards?

Um ein Beispiel zu nennen: Die Bevölkerung der USA stösst pro Jahr und Kopf 18,9 Tonnen CO₂ aus, das sind dreizehneinhalb Mal mehr als der Pro-Kopf-Ausstoss von Indien mit 1,4 Tonnen. Die 311 Millionen Menschen umfassende amerikanische Bevölkerung belastet die Welt ökologisch also ebenso stark, wie es 4,2 Milliarden Inder und Inderinnen tun würden. In Wirklichkeit zählt die indische Bevölkerung aber nur 1,2 Milliarden Köpfe. Die Unterschiede im Ressourcenverbrauch sind direkt mit den globalen Wohlstandsunterschieden verknüpft. Das reichste Zehntel der Menschheit, zu dem wir gehören, verfügt über 56 Prozent des Weltwirtschaftsprodukts; die arme Hälfte der Weltbevölkerung hingegen über weniger als 7 Prozent.

Ihr Anteil an der globalen Umweltbelastung ist äusserst gering. Trotzdem sind es diese dreieinhalb Milliarden Menschen, deren Vermehrung die Ängste schürt, an welche die Initianten appellieren. Wollte man die globale Umweltzerstörung tatsächlich mit bevölkerungspolitischen Mitteln verringern,

müsste man eine drastische Reduktion der Menschen mit westlichem Lebensstandard verlangen. Davor schrecken die Ecopop-Initianten logischerweise zurück. Allein zielführend ist es deshalb, die unbestreitbaren ökologischen Probleme der Welt und der Schweiz direkt bei unserer Produktionsweise und unserem Konsum anzupacken, statt Bevölkerungspolitik zu betreiben.

Neokoloniale Fortpflanzungskontrolle

Die Schweiz soll ihre Entwicklungszusammenarbeit auf die Bekämpfung der Armut konzentrieren – so, wie es auch im Gesetz vorgesehen ist. Denn Armut und krasse Ungleichheit sind nicht nur zentrale Hindernisse für die Entwicklung der armen Länder, sondern auch die Hauptursachen für ungewollte Schwangerschaften. Laut der Weltbank kann in manchen Ländern bereits eine durchschnittliche Investition von etwas mehr als 50 Franken in die Schulbildung junger Frauen eine ungewollte Schwangerschaft verhindern. Weitere wirksame Massnahmen sind:

Die Förderung von Erwerbsmöglichkeiten für alle; Land- und Zugangsrechte zu Wasser für benachteiligte Schichten; der flächendeckende Ausbau nationaler Gesundheitssysteme (nur so kommt Familienplanung auch zu den Menschen); konzentrierte Anstrengungen, die Mütter- und Kindersterblichkeit zu verringern; soziale Sicherungssysteme sowie

Ecopops bedrohlicher Fussabdruck

Die Ecopop-Initiative verortet die Ursachen der Umweltprobleme allein in der Überbevölkerung, respektive im Kinderreichtum im Süden und in der Zuwanderung im Norden. Als Lösung propagiert Ecopop sanften Druck via Finanzfluss auf den globalen Süden und Begrenzung der Zuwanderung in der Schweiz. Dieses Vorgehen birgt die Gefahr, dass das postkoloniale und patriarchale Machtgefälle verstärkt wird. Die drängenden Fragen zu den realen Klima- und Umweltproblemen bleiben aussen vor.

Was kann und muss die Schweiz zur Lösung globaler Umweltprobleme entwicklungs-, wirtschafts-, und sozialpolitisch beitragen, ohne Ungleichheit aufgrund von Geschlecht und Herkunft zu zementieren oder gar zu vergrössern? Es diskutieren:

Jeannette Behringer, Politologin und Ethikerin, *Pierre-Alain Niklaus*, Geologe, Sozialarbeiter, Co-Autor «Die unheimlichen Ökologen» und *Annemarie Sancar*, Gender- und Entwicklungsfachfrau, unter der Leitung von *Gabriela Neuhaus*, Journalistin.

Dienstag, 16. September 2014
19 Uhr, Kornhausforum Bern

demokratische Mitsprache. Diese Massnahmen bringen auch Mädchen und Frauen voran und sind kombiniert eine weitaus wirksamere und nachhaltigere Familienplanung als eine neokolonial inspirierte Fortpflanzungskontrolle.

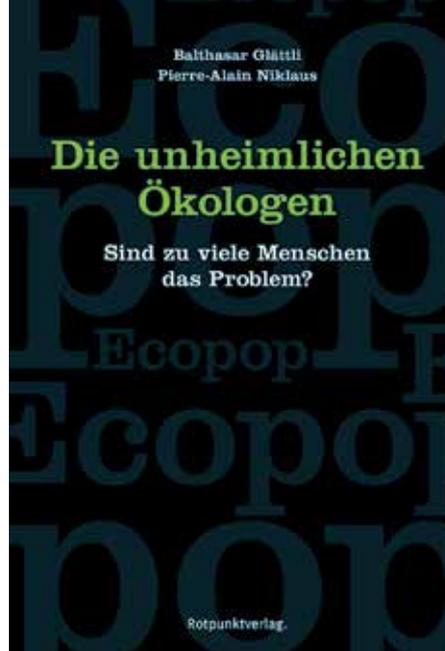
Was bleibt wirklich zu tun?

Zum Schutz der Umwelt ist der Pro-Kopf-Verbrauch von Umweltgütern und -leistungen drastisch zu reduzieren. Umweltorganisationen in der Schweiz und in anderen Ländern präsentieren seit vier Jahrzehnten Vorschläge, wie dies getan werden könnte. Nur wenig ist davon umgesetzt worden – zu gross sind bislang die Widerstände der Kräfte, die vom Raubbau an der Umwelt wirtschaftlich profitieren. Zum Beispiel Klimaschutz: Der Weltklimarat der UNO (IPCC) hält fest, dass bis 2050 der Ausstoss von Treibhausgasen weltweit auf maximal eine Tonne pro Kopf und Jahr begrenzt werden muss – ein Wert, der den armen Ländern Subsahara-Afrikas noch beträchtlichen Spielraum gegen oben gibt. Der Pro-Kopf-Ausstoss in der Schweiz hingegen liegt heute bei 6,3 Tonnen pro Jahr. Zusammen mit den sogenannten «grauen Emissionen» aus Importen und den Flugemissionen kommt die Schweiz gar auf über 10 Tonnen pro Kopf und Jahr.

Diese Zahlen gelten pro Kopf und sind deshalb unabhängig von der Zahl der Zugewanderten. Um von diesem Wert auf eine Tonne pro Kopf im Jahre 2050 zu kommen, braucht es einen strategischen Plan, wie wir in den kommenden drei, vier Jahrzehnten vollständig aus den fossilen Energien aussteigen, die erneuerbaren Energien fördern und die Energieeffizienz massiv steigern können. Schliesslich ist die Umweltbelastung in der Schweiz nicht gleichmässig verteilt. Menschen mit hohem Einkommen und Vermögen üben durch ihren Mehrkonsum in der Regel einen stärkeren Druck auf die natürlichen Ressourcen aus als Geringverdienende. Dennoch macht es bis heute kaum einen steuerlichen Unterschied, ob jemand einen Offroadler kauft oder in eine Solaranlage investiert. Damit sich Ressourcenschutz in Zukunft lohnt, sollte über eine ökologische Steuerreform gemäss dem Verursacherprinzip Umweltbelastung steuerlich belastet und Umweltschutz belohnt werden.

alliancesud

Arbeitsgemeinschaft
Swissaid - Fastenopfer - Brot für alle
Helvetas - Caritas - Heks



Das Buch wendet sich gegen die Vermischung von Ökologie und Bevölkerungspolitik. Es stellt dar, in welche letztlich menschenfeindlichen Denktraditionen sich die bevölkerungspolitisch orientierten Ökologen einreihen. Bereits im 18. Jahrhundert sah Thomas R. Malthus die Menschheit am Abgrund stehen – durch die unkontrollierte Vermehrung

der Armen. Anfang des 20. Jahrhunderts sahen Eugeniker und Einwanderungskritiker in den USA und Europa ihre Gesellschaften degenerieren, das Schreckgespenst trug den Namen «Race Suicide». In den 1970er-Jahren liess Biologe Paul Ehrlich die Bevölkerungsbombe platzen, ein Buch, das wiederum der Ecopop-Vereinigung Pate stand.

Diesen «unheimlichen Ökologen» wird ein Verständnis von Ökologie gegenübergestellt, das die Menschen und ihre Grundrechte ins Zentrum stellt. Es fragt nach der Verteilgerechtigkeit und formuliert eine Kritik an der Ausbeutung von Natur und Mensch. Nicht zuletzt beleuchtet die indische Ethnologin Shalini Randeria die europäischen Bevölkerungsdiskussionen aus der Sicht des Südens, wobei sie auch nicht spart an der Kritik an der chinesischen Ein-Kind-Politik.

Balthasar Glättli, Pierre-Alain Niklaus: **Die unheimlichen Ökologen**. Sind zu viele Menschen das Problem? Rotpunktverlag 2014, 176 Seiten, Paperback, Fr. 28.90, e-book Fr. 15.–

www.unheimliche-oekologen.ch



Voranzeige

Nein zu Ecopop! Grosskundgebung Samstag, 1. November Bundesplatz, Bern

Komitee solidarische Schweiz – Nein zu Ecopop. Ihm gehören Grüne und SP und ihre Jugendorganisationen sowie die Gewerkschaft Unia und der SGB an, im Weiteren auch der Schweizerische Friedensrat.

www.nein-zu-ecopop.ch

Die Folgen der Palmölproduktion

Mitte Oktober erscheint der neue Postkarten-Friedenskalender 2015 des Schweizerischen Friedensrates, der Sujets zum bedrohten Regenwald-Ökosystem der indonesischen Insel Sumatra enthält. Dazu als begleitende Hintergrundinformation hier ein Gespräch mit der Initiantin des Sumatra Orang-Utan-Schutzprogramms, Regina Frey von der Stiftung PanEco.

Regina Frey, wie kam es zu Ihrem Engagement für den Regenwald Sumatras?

Regina Frey: Unmittelbar nach meinem Biologiestudium ging ich nach Sumatra, um zusammen mit meiner Kollegin Monica Borner die Orang Utan-Auswilderungsstation Bohorok aufzubauen. Die Faszination an der grossen indonesischen Inselwelt mit ihrem tropischen Regenwald, ihrer vielfältigen Kultur und

reichen Natur, von der ich bisher wohl nur einen Bruchteil kennengelernt habe, hat mich seither nicht mehr losgelassen. Die Bedrohung des Regenwaldes und damit einhergehend der Lebenswelt der Orang-Utan-Menschenaffen motivierte mich, dem entgegenzuwirken, so mit unserer Stiftung PanEco, deren Präsidentin ich bis heute bin. PanEco betreibt nicht nur das Schutzprogramm für Orang-Utans auf Sumatra (SOCP) mit der Wiederauswilderung von Orang-Utans aus illegaler Gefangenschaft in Nordsumatra und Aceh, sondern unterstützt auch den Widerstand gegen die Regenwald rodenden Palmölkonzerne und fördert drei Umweltbildungszentren in Indonesien.

Welche Rolle spielt die Umweltschutzorganisation PanEco auf Sumatra?

PanEco ist die einzige Organisation, die ein umfassendes Schutzprogramm für den Sumatra Orang-Utan betreibt. Das alle fünf Jahre zu erneuernde Abkommen mit der Regierung legitimiert uns, die Menschenaffen nach der Beschlagnahme durch die Forstpolizei aus illegaler Gefangenschaft in unserer Quarantänestation entgegenzunehmen, zu untersuchen, gesund zu pflegen und sie dann an zwei Wiederansiedlungsstandorten auszuwildern.

Wir hatten bis vor 15 Jahren nur Projekte in Indonesien, doch 1996 mit der Gründung der internationalen Stiftung mit Sitz in der Schweiz möchten wir dem Anspruch genügen, uns auch hierzulande für bedrohte Lebensräume, ihre Flora und Fauna einzusetzen. So führen wir die Greifvogelstation in Berg am Irchel und betreiben seit 2011 in Partnerschaft mit dem Kanton Zürich das Naturzentrum Thurauen bei Flaach, das die grosse Renaturierung der Auenlandschaft der Thur mit naturpädagogischen Angeboten begleitet. Die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Naturschutzanliegen liegt uns sehr am Herzen.

Ist denn die Wiederauswilderung von Orang-Utans, die in oft in engem Kontakt mit Menschen aufwachsen, überhaupt möglich?

Orang-Utans gehören zu den ganz wenigen Primaten, die man auswildern und wiederansiedeln kann. Wir gründen an zwei Standorten neue Populationen – es ist auch eine Auflage der internationalen Naturschutzgremien, dass man Tiere aus menschlicher Gefangenschaft nicht in bestehende Wildpopulationen eingliedert, vor allem wegen der Gefahr von Krankheitsübertragungen. Orang-Utans können alle Krankheiten vom Menschen bekommen und damit ihre wilden Artgenossen anstecken.

Gorillas oder Schimpansen etwa lassen sich kaum auswildern, denn sie leben in sozialen Gruppen mit einer strikten Ordnung, die keine fremden Artgenossen zulässt. Fast alle Primatenarten leben in Gruppen oder strikten Paarverbänden wie zum Beispiel die Gibbons. Der Orang-Utan ist hier eine Ausnahme, er wird wenig vom Menschen geprägt, auch wenn er in enger Nähe mit ihm aufwächst. In der Regel wird die Mutter erlegt, um an ihr Junges zu kommen, um es dann zu halten oder später zu verkaufen. Als wir in den 1970er-Jahren unsere Arbeit begannen, ging es vor allem darum, die schlechte Gewohnheit, junge Orang-Utans als Haustiere zu halten, auszumerzen.

Dazu möchte ich bemerken, dass beide Arten, der Borneo und der Sumatra Orang-Utan, seit 1945 geschützt sind, d.h. es ist streng verboten, Orang-Utans zu jagen, zu fangen, zu töten oder zu halten. Aber kein Gesetz wirkt, wenn es nicht umgesetzt wird! Heute steht die

Indonesien: Präsidentschaftswahlen

Am 9. Juli dieses Jahres fanden in Indonesien Präsidentschaftswahlen zur Nachfolge des bisherigen Staatschefs Susilo Bambang Yudhoyono statt, bei denen das oberste Verfassungsgericht nach Einsprachen und Protesten des unterlegenen früheren Generals Prabowo Subianto am 21. August den bisherigen Gouverneur von Jakarta, Joko Widodo, zum Sieger erklärte, der sein Amt am 20. Oktober antreten wird. Auf dem neuen Präsidenten ruhen einige Hoffnungen auf eine effizientere Staatsentwicklung



Regina Frey

wurde 1948 in Bern geboren und lebt im zürcherischen Berg am Irchel. Seit 1973 beteiligt sie sich am Aufbau eines Orang-Utan Schutzprogramms und weiteren Naturschutzprojekten auf Sumatra. 1996 gründet sie die Stiftung PanEco, die dieses Engagement bis heute weiterträgt. In diesem Rahmen ist Regina Frey massgeblich am Aufbau des neuen Orang Utan Coffee-Projektes beteiligt.

Mit Regina Frey sprachen Peter Weishaupt und Francine Perret Mitte August 2014 im Naturzentrum Thurauen im zürcherischen Flaach.



Regenwaldzerstörung als Bedrohung im Vordergrund. Orang-Utans verlieren ihren Lebensraum und ihre Futtergrundlage und werden zu Schädlingen in der Land- und Plantagenwirtschaft.

So geraten viele der Orang-Utan-Jungen in Gefangenschaft und verbringen im schlechtesten Fall einige Jahre bei Menschen, bevor sie dann beschlagnahmt werden und in unsere Station kommen. Doch selbst wenn sie eng mit

Menschen aufwachsen, diese ihnen manchmal sogar Kleider oder Windeln anziehen, sie schöpeln oder am Tisch mit Löffel und Gabel mitessen lassen, sie bleiben Orang-Utans und werden jederzeit den Urwald der menschlichen Umgebung vorziehen.

Das ist natürlich ein grosser Vorteil beim Auswildern. Wenn man einen Orang-Utan, der zehn Jahre in Gefangenschaft im Hausgarten im kleinen Käfig sass, freilässt, findet er sich vom ersten Moment an recht gut im Wald zurecht, erklettert Bäume, baut Nester und wird allmählich wieder zu einem richtigen wilden Orang-Utan. Ausnahmen gibt es nur ganz selten (< 1%) bei Tieren, die sehr isoliert aufwachsen und dadurch unter autistischen Störungen – ähnlich wie man das von Kindern kennt – leiden.

Sie haben 2010 eine zweite Station in der Unruheprovinz Aceh errichtet. Warum?

Wir haben vor vier Jahren im Jantho Naturreservat in Zentral-Aceh die zweite Wiederansiedlungsstation eröff-

net, weil die dortige Provinzregierung 'ihre' Orang Utans wieder zurückhaben wollte. Die meisten der konfiszierten Orang-Utans stammen nämlich aus Aceh. In Jantho gab es vorher keine wilden Orang-Utans mehr. Wir stellten fest, dass sich die Neuankömmlinge schnell und gut zurechtfinden und sich auch paarten, sodass ihre Fortpflanzung gesichert scheint. Wie sich schon am ersten Wiederansiedlungsstandort im Bukit Tigapuluh Nationalpark in Zentralsumatra zeigt, scheint es möglich, Orang-Utans in neuen, 'leeren' Lebensräumen anzusiedeln, wo gegenwärtig keine wilden Artgenossen mehr vorkommen.

Jantho ist sehr wertvoll für das Überleben der Art, denn wenn wie beim Sumatra-Orang-Utan eine Art nur mehr im Wesentlichen aus einer – genetisch gesehen – nachhaltigen Population besteht, ist diese natürlich gefährdet, sei es durch Katastrophen oder Krankheiten, die sie auslöschen könnten. Darum ist es zentral, dass weitere neue Populationen

Fortsetzung Seite 10

Wahlwahlen und Tsunami

und Wirtschaftsreformen. Eine Übersicht von Valerie Sticher enthält die CSS-Analyse Nr. 157 «Indonesien: Herausforderungen für die neue Regierung» vom Juli 2014 (www.css.ethz.ch/cssanalysen).

Am kommenden 26. Dezember jährt sich zum zehnten Mal das Sumatra-Andamanen-Beben mit seinem nachfolgenden Tsunami, der die Küste Sumatras und vor allem den Teilstaat Aceh voll traf und neben riesigen Zerstörungen auch Zehntausende von Opfern forderte.

an anderen Standorten zum Überleben der Orang-Utans beitragen. Die Tiere, die zu uns gelangen, kommen aus verschiedenen Regionen Sumatras, was bedeutet, dass ihre genetische Grundlage breit angelegt ist. Wir hoffen, dass wir durch diese zwei neuen Populationen in Zentralsumatra und in Zentral-Aceh eine gute Voraussetzung für das Überleben der Art schaffen.

80-90% des Regenwaldes auf Sumatra sind bereits zerstört, vor allem durch das illegale Abholzen für die Palmölproduktion. Gibt es noch genug Regenwald für die ausgewilderten Populationen?



Friedenskalender 2015 zu Sumatra

Der 19. Postkarten-Kalender des Schweizerischen Friedensrates erscheint Mitte Oktober und hat für 2015 das Thema Sumatra. 12 farbige, abtrennbare Postkarten enthalten Sujets zum bedrohten Ökosystem Sumatras. Darüber hinaus enthält der Kalender die wichtigsten internationalen Friedenstermine des nächsten Jahres. Er wird allen Mitgliedern sowie den Abonentinnen und Abonenten der **FRIEDENSZEITUNG** zugestellt.

Sumatra ist etwa zehnmal so gross wie die Schweiz, Nord-Sumatra allein ist so gross wie unser Land, ebenso die Provinz Aceh, die früher einmal zu 80% von Regenwald bedeckt war – heute sind es noch ungefähr 20% der ursprünglichen Regenwaldfläche. Es sind also riesige Flächen verschwunden. Wir haben uns auf die Strategie verlegt, unsere Schutzbemühungen nicht mehr bloss auf unberührten Regenwald zu konzentrieren, sondern auch auf jene Waldgebiete, die bereits teilweise oder vollständig degradiert sind. In Kombination mit punktuellen Wiederaufforstungen könnten sich diese Wälder selbstständig regenerieren, wenn sie unter Schutz gestellt würden.

Auf der einen Seite finden wir die unersättliche Gier der Palmölproduzenten, auf der anderen wächst das Verständnis für den Wert des Regenwaldes und seiner wichtigen Ökosystemdienstleistungen, sowohl bei den internationalen Organisationen, bei der Bevölkerung und bei der indonesischen Regierung selbst. Ich sehe also positive Veränderungen, aber es bleibt ein Wettrennen gegen die Zeit. Im benachbarten Malaysia gibt es fast nur noch Palmölplantagen und keinen Regenwald mehr. Durch die Orang-Utan-Wiederansiedlung tragen wir zur Erhaltung dieser Regenwälder bei, weil wir damit die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese Gebiete lenken und durch die Präsenz der Orang-Utans ihren Wert erhöhen, sie bekommen ein hohes touristisches Potenzial.

Weshalb ist der Schutz der Orang-Utans so wichtig?

Durch die Lebensraumzerstörung fallen die heimatlos gewordenen Orang-Utans fast wie Abfall an. Natürlich ist es suboptimal, wenn wir diese beschlagnahmten Tiere nachträglich wieder in anderen Gegenden auswildern. Viel besser wäre es, das Übel an der Wurzel anzupacken und ihren Lebensraum, den Regenwald, zu schützen. Doch mit der Auswilderung in Gebiete, die vorher nicht von Orang-Utans besiedelt waren, schützen wir den übriggebliebenen Regenwald indirekt.

Die Orang-Utans funktionieren als eine sogenannte Flagship-Spezies, d.h. wenn man ihren Lebensraum schützt, dann schützt man damit ebenso Tausende von anderen, weit unauffälligeren Tier- und Pflanzenarten. Denn wenn ich von dieser tollen Schnecke oder diesem seltenen Regenwurm schwärmen

würde, die nur dort in den sumatranischen Wäldern vorkommen, packt das die Menschen natürlich viel weniger, als wenn ich von den grossen Menschenaffen berichte.

Es ist aber typisch für Inselregionen, dass auf ihnen viele endemische Arten vorkommen, also Vertreter von Tiergattungen, die eben auf diesen Inseln irgendwann vor vielen hundert oder tausend Jahren isoliert wurden und sich so nach und nach zu einer eigenen Art entwickelt haben. Diese Arten kommen dann nur dort vor und nirgendwo sonst auf der ganzen Welt, wie wir das etwa von den Beuteltieren Australiens oder den Kiwi und Kasuari in Neuseeland kennen (siehe auch **FRIEDENSZEITUNG** Nr. 2-12 über Madagaskar). In Sumatra kommen viele endemische Arten vor, so der Sumatra-Tiger, der stark bedroht ist, weil er in denselben Gebieten, den Flussebenen, lebt, die der Mensch auch beansprucht mit seinen Plantagen, Industrien und Siedlungen. Es gibt den Sumatra-Elefanten, auch Waldelefant genannt, der aus denselben Gründen stark bedroht ist, sowie das Sumatra-Nashorn. Diese drei Arten sind eindrücklich und gross; es gibt jedoch unzählige weitere kleinere Tiere und Pflanzen, die nur in Sumatra vorkommen und die mit der Zerstörung des Regenwaldes verschwinden.

Weshalb nimmt der Regenwald Sumatras im indonesischen Inselarchipel eine Sonderstellung ein?

Sumatra ist einzigartig, sowohl in Indonesien wie auf der Welt. Borneo ist zwar mit Sumatra in einem gewissen Sinne vergleichbar, aber Sumatra hat vulkanischen Boden, seine Vegetation ist deshalb reichhaltiger und fruchtbarer, die Nahrungsgrundlage darum besser, und die Artenvielfalt bei Tieren wie Pflanzen ist erheblich grösser. Es gibt Gebiete einzigartiger Artenvielfalt, so genannte 'Hotspots of Biodiversity', einige davon liegen in den Torfsumpfwäldern an der Westküste von Aceh, die akut von Palmölkonzessionen bedroht sind und um deren Erhaltung PanEco seit zehn Jahren kämpft.

Welche Rolle spielt die neuere Palmölwirtschaft bei der Zerstörung des Regenwaldes?

Der Palmölanbau existiert schon sehr lange. Als ich in den 1970er-Jahren in

Palmöl muss ab 2016 deklariert werden

Sumatra anfang, lernte ich einen Schweizer Palmöl-Agronomen und seine Familie kennen, die seit längerem in Medan lebten. Manchmal durfte ich mit auf seine Plantagentour in entlegene Gebiete. Ich fand die riesigen majestätischen Palmen schön und hatte damals nicht im Traum die Wahrnehmung, dass die Palmölproduktion etwas Schlimmes sei. Die alteingesessenen Plantagenfirmen haben sicher ursprünglich auch Regenwald zerstört, haben aber auf denselben Flächen seit mehr als hundert Jahren Ölpalmen angebaut und in den letzten Jahrzehnten nicht gross expandiert.

Vor etwa zwanzig Jahren kam mit dem Palmölboom eine neue Sorte von Palmölfirmen ins Spiel, die ehemaligen Holzkonzessionäre, die nach folgendem System vorgingen: Zuerst wurden im Rahmen von Forstkonzessionen riesige Urwaldflächen forstwirtschaftlich ausgebeutet, dann legte man Feuer, die als Naturkatastrophe deklariert wurden, und schlussendlich wurde der Antrag auf Konversion der degradierten Flächen von Forst zu Agrarland gestellt... So steht dann der Anlage einer Palmölplantage nichts mehr im Wege. Diese Strategie hat Indonesien zum grössten Palmölproduzenten der Welt gemacht. Viele dieser Firmen kommen aus Malaysia, wo Palmölplantagen das Landschaftsbild dominieren, und es ausserhalb der Schutzgebiete kaum mehr Wald gibt. Sie bringen viel Kapital und finden in Indonesien passende Partner, um zu expandieren.

Was sind die gesellschaftlichen Auswirkungen der Palmölwirtschaft?

Indonesien hat eigentlich gute Forstgesetze, die auf holländischen Kolonialgesetzen beruhen und denjenigen der Schweiz vergleichbar sind, aber sie werden einfach nicht eingehalten. In ganz Indonesien steht viel Brachland zur Verfügung, schätzungsweise bloss in Sumatra zwei Millionen Hektaren. Es stellt sich die Frage, weshalb Palmölplantagen nicht dort angelegt werden anstatt auf Kosten des Regenwaldes. Auf Seiten der Palmölfirmen besteht jedoch kein Interesse an diesen degradierten Landflächen, weil diese Bauern gehören, die sich wehren, wenn sie nicht angemessen entschädigt werden. Da ist die beschriebene Strategie kostengünstiger, denn dort stehen Profite aus dem Holzschlag für die Anlage der Plantage zur Verfügung. Zudem muss nur mit dem Staat

Palmöl, das aus dem Fruchtfleisch der Ölpalme gewonnen wird, steckt in jedem zweiten Alltagsprodukt und ist sehr beliebt. Mit 54 Millionen Tonnen (2011) ist es das am meisten produzierte Pflanzenöl. Für die Industrie ein sehr beliebter Rohstoff, billig und leicht zu verarbeiten. Der Palmölproduktion fallen aber riesige Regenwaldflächen zum Opfer. Dies insbesondere in Malaysia und Indonesien – die beiden Länder kommen für rund vier Fünftel der Weltproduktion auf. Für die Plantagen werden massenhaft Tropenwälder abgeholzt oder Torfmoorwälder trockengelegt (siehe unser Gespräch).

Lebensmittel, die Palmöl enthalten, müssen in der Schweiz ab Anfang 2016 deklariert werden. Zwei Drittel des Pflanzenöls enden u.a. in unseren Nahrungsmitteln: Speiseöl, Margarine, Kartoffelchips, Koch- und Bratfett, Glacé, Schokolade usw. Doch auch im Non-Food-Bereich steckt Palmöl, sei es in vielen Kosmetikprodukten (Lippenstifte) wie auch Seifen, Waschmitteln und Kerzen. Diese Änderung im Lebensmittelrecht ist Teil eines Pakets von zahlreichen Neuerungen, die per Anfang 2014 in Kraft traten. Bisher fiel Palmöl unter

die Bezeichnung «pflanzliche Öle», die Konsumentin weiss aus diesem Grunde nicht, von welcher Pflanze das Öl stammt. Neu muss die Herkunft von pflanzlichen Ölen und Fetten ausgewiesen werden.

Auf dem Markt findet man auch zertifiziertes Palmöl (RSPO, runder Tisch für nachhaltiges Palmöl), das garantieren soll, dass keine weiteren Regenwälder und Torfmoorgebiete für die Palmölproduktion zerstört werden. Von Greenpeace wird RSPO allerdings kritisiert, weil dieses nur einen Minimalstandard darstelle und man nicht 100% sicher sein könne, dass kein Regenwald abgeholzt wird, Greenpeace fordert darum mehr Transparenz und strengere Kriterien.

Francine Perret

Siehe dazu auch:

- www.regenwald.org/files/10-08.Deutsch-RSPO.pdf
- www.wwf.ch/de.derwwf/zusammenarbeit/fuerdenwald/rundetische
- Erklärung von Bern, Rettet den Regenwald e.V.
- Greenpeace Schweiz: www.faszination-regenwald.de/info-center/zerstörung/palmoel.htm
- Der nachhaltige Supermarkt, biovision: www.clever-konsumieren.com
- Tierschutzorganisation: Borneo Orang-Utan Survival Foundation (BOS)

als Waldbesitzer und nicht mit Hunderten von Kleinbauern verhandelt werden.

Die Palmölfirmen mit ausländischer Beteiligung bringen nicht nur Kapital, sondern auch ihre eigenen Facharbeiter; die Einheimischen werden kaum gefördert und arbeiten zu Billiglöhnen. Es ist deshalb nur die halbe Wahrheit, dass die Palmölindustrie Einheimischen Arbeit und Einkommen verschafft, sie beutet sie aus und hält sie in armer Abhängigkeit. Der Verdienst ist so gering, dass ein Plantagenarbeiter es nicht vermag, seine Kinder auf eine höhere Schule zu schicken, geschweige denn ihnen ein Studium zu ermöglichen. Das ist Neokolonialismus der schlimmsten Sorte.

Im Frühling dieses Jahres, anlässlich einer Sumatrareise (an der auch **FRIEDENSZEITUNGS**-Mitarbeiterin Francine Perret teilgenommen hat) haben wir gesehen, wie Arbeiter auf einer Plantage ohne jegliche Schutzausrüstung Herbizide, vermutlich Paraquat, gespritzt haben. Sie berichteten uns, dass gewisse Spritzmittel so giftig seien, dass die behandelten Palmen eingezäunt werden mussten, um weidendes Vieh nicht zu gefährden.

Jetzt ist aber ein wichtiger Durchbruch gegen die Palmölfirmen gelungen.

Ja, indonesische Gerichte haben über die letzten drei Jahre verschiedene Schuldsprüche gefällt gegen die Palmölfirma Kallista Alam; erstmalig in dieser Art, denn die Firma musste verschiedene hohe Bussen für zivil- und kriminalrechtliche Delikte bis zu einer Höhe von über 30 Millionen US-Dollar bezahlen als Kompensation für die Schadenverursachung und für die Wiederaufforstung des abgeholzten Waldes. Die hohe Busse zeigt auch indirekt auf, wie grosse Gewinne diese Firmen machen. Die illegale Konzession, um die es hier geht, wurde innerhalb eines Naturschutzgebietes vergeben, das etwa doppelt so gross ist wie die Schweiz, da aber der Gouverneur selbst die Konzession bewilligte, nützte der Schutzstatus offensichtlich nichts...

Diese Prozesse schafften Präzedenzfälle, und gegenwärtig laufen weitere Prozesse gegen vier andere Palmölfirmen, die Palmölkonzessionen im Tripa-Sumpfwald betreiben. Diese jünger-

Fortsetzung Seite 12

te dynamische Entwicklung, die auch durch internationale Medien begleitet wird, lässt uns neue Hoffnung schöpfen, dass der Tripa-Torfsumpfwald doch noch gerettet werden kann.

Was hat nun Ihr neues Kaffee-Projekt mit dem Schutz der Orang-Utans zu tun?

Die Idee entstand im Rahmen eines Tsunami-Aufbauprojektes nach der grossen Katastrophe Ende 2004. Wir wurden damals von einem ausländischen Kaffeeunternehmer angesprochen, der gerne im Gayo-Hochland von Zentral-Aceh in einer grossen Kooperative Bio-Kaffee produzieren wollte. Wir haben sein Vorhaben unterstützt mit Hilfe unseres Umweltbildungszentrums in Ostjava, das auf biologischen Anbau spezialisiert ist. Leider stellte sich drei Jahre später heraus, dass unser Partner internationale Gelder für Infrastrukturen und die Bio-Zertifizierung aufgetrieben hatte, aber keinerlei Absicht hatte, diese auch zweckgemäss einzusetzen. Er bezog sämtlichen Kaffee von konventionellen Bauern ausserhalb der Koope-

native und deklarierte ihn dann als Bio- und Fairtrade-Kaffee; die Bauern sahen natürlich nichts von den Prämien, die steckte er in seinen eigenen Sack.

Die Idee, einen Orang-Utan-Kaffee als Sympathieträger für den Orang-Utan bzw. den Regenwaldschutz zu lancieren, überlebte aber dieses Debakel. Wir sagten uns, dass wir das auch selbst versuchen könnten, wir waren mittlerweile schon etwas vertraut mit dem Anbau von Kaffee und hatten das Vertrauen gewisser Bauern gewonnen. Das Anbaugelände im Gayo-Hochland liegt auf 1000 bis 1500 m.ü.M. und grenzt an den Gunung Leuser-Nationalpark. Traditionell wird am Fusse der mit Regenwald bedeckten Vulkanabhänge Arabica-Kaffee höchster Qualität angebaut. Der Regenwald sorgt für das feuchtwarme Mikroklima, das die hohe Qualität des Kaffees gewährleistet.

Der Druck nach Ausweitung der Anbauflächen führt aber dazu, dass gewisse Kaffeebauern immer höher steigen, um auf Kosten des Regenwaldes ihr Anbaugelände zu vergrössern. Die bisherige Synergie von Regenwald und Kaffeeanbau wird dadurch gefährdet, denn sobald der Wald abgeholzt wird, steigt die

Temperatur. Auch wenn es sich nur um ein halbes oder ein ganzes Grad handelt, wirkt sich das auf fatale Weise auf die Qualität des Kaffees aus: Er wird krank.

Also Kaffee trinken und gleichzeitig den Regenwald schützen?

Wir verlangen vom Orang-Utan-Kaffeebauern, dass er seine Anbaufläche nicht vergrössert, bzw. keinen Regenwald zerstört und zudem keine geschützten Tier- und Pflanzenarten tötet, fängt oder handelt. Das sind unsere Orang-Utan-Richtlinien, die zusätzlich zur indonesischen Bioverordnung gelten. Wir lassen den Kaffee durch die javanische Zertifizierungsfirma LeSOS zertifizieren, die mit Fachbegleitung der Schweizer Kontroll- und Zertifizierungsfirma bio.inspecta über die letzten zehn Jahre aufgebaut wurde und vom indonesischen Staat akkreditiert ist.

Beim Orang-Utan-Kaffeeprojekt geht es darum, dass sich die Konsumentin und der Konsument mit den Zielen des Regenwaldschutzes auf Sumatra solidarisieren. Die Devise lautet «Kaffee trinken und damit den Regenwald schützen», sei es im Gayo-Hochland, sei es im tiefer gelegenen Orang-Utan-Habitat. Gleichzeitig wird den Kaffeebauern zusätzliches Einkommen zugesichert, denn von der so genannten 'Orang-Utan-Prämie' von einem Euro pro Kilogramm Rohkaffee geht die Hälfte an die Kaffeebauern, die andere an das Orang-Utan-Schutzprogramm.

Eine ihrer Ansiedlungsstationen befindet sich in der Provinz Aceh, die jahrzehntelang von einem Bürgerkrieg betroffen war, welche Auswirkungen hatte das für ihr Projekt?

Der Bürgerkrieg hat unsere Arbeit stark beeinträchtigt, denn Aceh ist das Gebiet, wo viele Orang-Utans aus illegaler Gefangenschaft herkamen. Wir konnten als Ausländer nicht mehr nach Aceh, also mussten wir mit den Behörden verhandeln, um die beschlagnahmten Orang-Utans aus der Provinz Aceh heraus in unsere Quarantänestation in der Provinz Nordsumatra zu bekommen. Auch unsere Forschungsstationen waren teilweise lahmgelegt. Der Tsunami und damit das Ende des Krieges wirkte sich befreiend aus, denn die Lokalbevölkerung hat sehr gelitten unter den Kriegshandlungen, sie geriet ins Fegefeuer zwischen den staatlichen Truppen

Orang-Utan, der indonesische Waldmensch

Orang-Utans leben nur noch in den Regenwäldern auf Borneo und Sumatra. Das Wort Orang-Utan bedeutet im Indonesischen «Waldmensch»; sie gehören zoologisch zusammen mit Gorillas, Schimpansen, Bonobos zur Familie der grossen Menschenaffen. Die Erbinformation des einzigen Menschenaffen Asiens ist zu 97% identisch mit der des Menschen und sie gehören somit zu unseren nächsten Verwandten. Anders als andere Primaten leben Orang-Utans nicht in grösseren Sozialverbänden, sondern längere Zeit in Mutter und Kind-Gruppen (bis zu acht Jahren). Ein Orang-Utan ernährt sich vor allem von Früchten, Blättern, Rinden und Blüten, aber auch von Insekten, Honig und Vogeleiern. Als Samenverbreiter im Ökosystem Wald leistet er einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt.

Orang-Utans sind hochintelligent. Durch aussergewöhnliche Gedächtnisleistungen merken sich Orang-Utans stets Orte, an denen sie Früchte finden können und kehren zur Reifezeit zielgerichtet dorthin zurück. Die Lebens-

erwartung eines wilden Orang-Utans beträgt 35 bis 40 Jahre. Erst mit 6 bis 9 Jahren wird ein Jungtier unabhängig von seiner Mutter und mit durchschnittlich 14 Jahren ist es geschlechtsreif. Ein Orang-Utan-Weibchen bekommt im Laufe ihres Lebens durchschnittlich nur drei Junge.

Schätzungen über die Gesamtpopulation der Orang-Utans sind schwierig und die Zahlenangaben gehen zum Teil weit auseinander. Verschiedene Berechnungen geben rund 4000 bis 7000 Sumatra- und 10'000 bis 15'000 Borneo-Orang-Utans an. Für Borneo könnten diese Zahlen allerdings etwas zu niedrig sein, hier gehen andere Schätzungen von rund 40'000 Orang-Utans aus. Die International Union for Conservation of Nature and Natural Resources IUCN listet die Art auf Sumatra als «vom Aussterben bedroht» (critically endangered) und die Art auf Borneo als stark gefährdet (endangered). (fp)

Siehe auch: Rettet den Regenwald e.V., BOS Deutschland e.V., www.bos-schweiz.ch

und den sogenannten Revolutionären. Wie in jedem Bürgerkrieg sind die Anfänge durch gesellschaftliche und wirtschaftliche Konflikte verursacht, bei denen die Aufständischen noch gute Motive haben. Dann gibt es diejenigen, die danach kommen, die häufig nur auf Bereicherung und Partikularinteressen aus sind. So war es auch in Aceh und deshalb war die Bevölkerung sehr traumatisiert, so auch im Gayo-Hochland. Viele Javaner sind damals umgebracht und vertrieben worden. Aber im Gegensatz zu anderen Gebieten gibt es im Gayo-Hochland heute noch javanische Kaffeebauern, die durch den ganzen Bürgerkrieg hindurch auf ihren Plantagen ausgeharrt haben.

Heute ist Frieden in Aceh, was aber auch bedeutet, dass die verschiedenen wirtschaftlichen Interessengruppen einschliesslich der Palmölindustrie wieder ungehindert ihre Ziele verfolgen können. Wir hoffen, dass die politische Führung in Aceh eine Politik betreiben wird, die die einzigartigen Naturwerte dieser Provinz anerkennt und erhalten wird. Die jetzige Politik gibt jedoch zu grossen Sorgen Anlass. Umweltorganisationen kämpfen um wertvolle Tiefland-Regenwälder, die im Rahmen einer anstehenden Änderung der geltenden Raumplanung drohen, ebenfalls zu Palmölplantagen zu werden...

Im Sommer hat Indonesien einen neuen Präsidenten gewählt. Wie schätzen Sie ihn ein?

Der neue Präsident Joko Widodo ist ein Hoffnungsträger, ganz im Gegensatz zum Gegenkandidaten, General Prabowo. Indonesiens Gesellschaft und Politik verfügen traditionell über ausgleichende Kräfte und sind durch ein starkes Streben nach Harmonie geprägt. Joko Widodo verkörpert diese Werte, nicht nur im Grossteil der politischen Lager, sondern auch bei der Mehrheit der Bevölkerung. Das hat sich bei den Wahlen klar gezeigt, obwohl Prabowo 80% der Medien hinter sich wusste. Es ist zu früh um verbindliche Aussagen zu machen, aber ich hoffe, dass Widodo hält, was er verspricht und sich nicht durch zermürbende Gegenkräfte der alten Garde vom richtigen Weg abbringen lässt.

Die UNO hat vor zehn Jahren einen Nachhaltigkeitsplan propagiert. Wie und auf welchen Gebieten ist eine solche Nachhaltigkeit erreicht worden?



Die Frage nach Nachhaltigkeit kommt immer wieder, wieviel Urwald hast du wirklich retten können, wieviele Orang-Utans wurden ausgewildert und leben im Regenwald? Die Frage stellt sich, was wäre, wenn wir nicht gewesen wären. Wenn es kein Orang-Utan-Schutzprogramm gegeben hätte, vielleicht wären dann die Tieflandgebiete in der Peripherie des Leuser-Nationalparks bereits in Palmölplantagen umgewandelt... Es gibt noch viele Gebiete, die man hätte zerstören können, die noch vorhanden sind. Man kann die Aussage auch umdrehen und sagen, einen grossen Unterschied hat unsere Arbeit nicht gemacht, es gibt ein paar hundert wilde Orang-Utan mehr; ist nun das Glas halb voll oder halb leer?

Ich glaube aber, dass wir mit den drei Umweltbildungszentren, die wir aufgebaut haben, einen nachhaltigen Beitrag nicht nur zum Regenwald-, sondern zum Umweltschutz allgemein geleistet haben. Das erste, 1990 in Ost-Java in der Nähe von Surabaya gegründete, empfängt jedes Jahr 20'000 Besucher aus der umliegenden Bevölkerung, das sind 20'000 Menschen, die sensibilisiert werden für Umwelt- und Naturschutzanliegen.

Ich habe 1978 den Anstoss zur Gründung der ersten Umweltschutzorganisation Indonesiens gegeben, der «Stiftung Grünes Indonesien». Sie war dann die Trägerin des ersten Umweltbildungszentrums in Seloliman, Ostjava; zwei weitere in Nordsumatra und in Süd-Sulawesi folgten. Wir helfen, lokale Organisationen (NGO) zu gründen, die unsere Projekte – nebst anderen – in Partnerschaftlicher Zusammenarbeit umsetzen.

Diese indonesischen Umweltorganisationen sollen sich zu möglichst eigenständigen Institutionen mit einer eigenen Identität entwickeln, die sich nachhaltig in der Gesellschaft behaupten und verankern können. Abschliessend möchte ich betonen, dass wir nicht allein stehen in unserem Kampf gegen die Regenwaldzerstörung. Wir sind Teil eines Netzwerks von zahlreichen internationalen und einheimischen Organisationen, die mehrheitlich effizient zusammenarbeiten. Nur so sind Siege zu gewinnen in diesem David-Goliath-Machtgefüge!

PanEco, Stiftung für nachhaltige Entwicklung und interkulturellen Austausch, Chileweg 5, 8415 Berg am Irchel, Tel. 052 318 23 23, info@paneco.ch.

www.paneco.ch
www.sumatranorangutan.org
www.naturzentrum-thurauen.ch

Das Orang Utan Coffee-Projekt



Ausgedehnte tropische Regenwälder gewährleisten das spezielle Klima, wo Sumatras einzigartiger Arabica Kaffee gedeihen kann. Der tropische Regenwald ist ebenso Lebensraum des bedrohten Sumatra Orang-Utans. Die fortschreitende Vernichtung der tropischen Regenwälder entzieht Bauern und Orang-Utans gleichermaßen ihre Lebensgrundlage. Das Orang-Utan-Coffee Project fördert Bauern, die ihre Kaffeeplantagen ökologisch bewirtschaften und auf Rodungen des Regenwaldes verzichten. www.orang-utan-coffee.ch

Die Folgen des Maidan-Aufstandes

Seit November 2013 kommt die Ukraine nicht zur Ruhe. Friedliche Studentenproteste für eine «europäische Ukraine» auf dem Kiewer Maidan Nesaleschnosti (Unabhängigkeitsplatz) arteten in einen Volksaufstand gegen das kleptomatische Walten der 'Familie' von Staatsoberhaupt Viktor Janukowitsch aus. Nach drei Monaten blutiger Repressionen setzten sich der Präsident und seine engsten Gefährten nach Russland ab. Vladimir Putin nutzte das Anfang März 2014 herrschende Chaos, um binnen dreier Wochen die Halbinsel Krim zu annektieren.

/ Jürgen Kräftner und Cécile Druey /

Nach ähnlichem Szenario sollten danach der gesamte Süden und Osten der Ukraine unter dem Namen «Neurussland» zu einem russischen Vasallen gemacht oder zumindest nachhaltig destabilisiert werden: Aus dem Nichts tauchten vermummte und schwer bewaffnete Männer auf, die binnen kurzer

Zeit zahlreiche Regierungs- und Verwaltungsgebäude besetzten. In den Regionen Donezk und Luhansk riefen sie «Volksrepubliken» aus.

Die ukrainische Übergangsregierung und der am 25. Mai neu gewählte Präsident Petro Poroschenko antworteten darauf mit einer «Antiterror-Operation». Der bewaffnete Konflikt hat seither Tausende von Menschen das Leben gekostet. Mindestens eine halbe Million Menschen sind auf der Flucht. Die Infrastruktur der betroffenen Regionen hat enorm Schaden getragen. Zudem ist durch den steten Zufluss von Waffen und Söldnern aus dem angrenzenden Russland ein Ende des Kriegs nicht abzusehen.

Der 'Euromaidan': Ausbruch einer erwarteten Revolution

Die Ereignisse auf dem 'Maidan' waren ein eruptionsartiger Ausbruch einer schon lange schwelenden tiefen Unzufriedenheit in grossen Teilen der Bevölkerung. Die kompromisslose Repression der friedlichen Studentenproteste Ende

November 2013 führte zur Radikalisierung der Bewegung und zu einer Solidarisierung breiter Bevölkerungsschichten. Der Tabubruch mit der gezielten Tötung zahlreicher Demonstranten durch die Sicherheitskräfte hat Janukowitsch schliesslich den letzten Rest an Legitimität genommen.

Seit dem Zerfall der Sowjetunion Anfang der Neunziger Jahre gab es in der Ukraine schon eine ganze Reihe von Protestbewegungen¹, in denen trotz unterschiedlicher Motive und Forderungen auch eine gewisse Kontinuität zu erkennen ist. Mehr als alle Vorgänger zeichnete sich der 'Maidan' von 2013 aber durch horizontale Strukturen und tiefes Misstrauen gegen die Vertreter der politischen Parteien jeglicher Couleur aus.

Die Kehrtwendung gegen Europa

Dem spontanen Protest, der über soziale Netzwerke zunächst in Studentenkreisen entstand, schlossen sich schnell zahlreiche Bürgerinitiativen an. Der Auslöser dafür war die europapolitische

Foto: Alexander Glyadyelov, Kiew



Brandgefährliche Eskalation in der Ukraine

Kehrtwendung Janukowitschs am 21. November 2013; an diesem Tag wurde vom Regierungschef Mykola Azarov angekündigt, dass die Unterzeichnung des seit mehreren Jahren als oberste politische Priorität geltenden Assoziierungsabkommens mit der EU nicht mehr auf der Tagesordnung stand.

Nach den ersten Wellen staatlicher Repressionen gegen die meist sehr jungen Demonstranten mobilisierten sich Veteranen des Afghanistankriegs, Kiewer Unternehmer gründeten Selbstverteidigungsgruppen. In dieser Phase machten sich auch rechtsnationale Gruppierungen verstärkt bemerkbar; diese hatten allerdings weder auf die Form noch die inhaltlichen Forderungen des 'Maidans' massgeblichen Einfluss, auch wenn ein solcher von zahlreichen vor allem russischen Medien immer wieder hochgespielt wird.

Der 'Maidan' war von Anfang bis Ende eine mehrsprachige, ethnisch und politisch heterogene Massenbewegung mit einer bemerkenswerten Fähigkeit zur Entwicklung horizontaler Organisationsstrukturen. Permanente Demonstrationen fanden auch in den meisten Provinzhauptstädten statt, im Osten allerdings mit viel geringerer Unterstützung und stets bedroht von bezahlten Schlägerbanden.

Revolte zur Erlangung der Würde

Innerhalb der Bewegung wuchs der Konsens darüber, dass es nicht um einzelne politische Forderungen ging, sondern dass der 'Maidan' eine Revolte zur Erlangung der Würde sei: Gegen Korruption, Vetternwirtschaft, Amtsmissbrauch und Willkür der Sicherheitsorgane. Die Ukraine wird seit den 90er Jahren von einigen Neureichen regelrecht geplündert, die in Steuerparadiesen immense Vermögen angehäuft haben. Viktor Janukowitsch hatte es seit seiner Amtsübernahme binnen kürzester Zeit verstanden, die wichtigsten Kapitalflüsse zu seinen Gunsten umzuleiten und sich den gesamten Staatsapparat gefügig zu machen. Damit wurde er allerdings auch zur unmittelbaren Zielscheibe der zivilen Unzufriedenheit.

Brutale Übergriffe der Polizei und ungesühnte Verbrechen von Familienmitgliedern der Nomenklatura hatten in den vergangenen Jahren vermehrt zu heftigen, wenn auch lokalen Protesten geführt. Im Unterschied zu Putin im benachbarten Russland hatte der ukrainische Präsident es aber nicht geschafft,

Droht ein Krieg um die Ukraine? So fragten wir auf der Titelseite der Juni-Ausgabe. Bei Redaktionsschluss dieser Nummer Ende August ist die schlechende Auseinandersetzung um die Separatisten in der Ost-Ukraine auf bis vor Kurzem noch unvorstellbare Weise eskaliert. Weder wechselnde Waffenstillstandsaufrufe, Vermittlungs- und verhandlungsangebote durch die OSZE und andere, unzählige Treffen und Gespräche der Beteiligten, Debatten in der UNO, noch gar die von den USA und der EU nach der Krim-Annexion temperierten Wirtschaftssanktionen gegen Russland konnten verhindern, dass der Konflikt einem ungemein gefährlichen Punkt zusteuert.

Die ukrainische Regierung will ihn militärisch lösen, die Kontrolle über ihre Grenzen und Städte im Osten erlangen, die Armee hat aber erhebliche Mühe damit. Die Separatisten können sich dank logistischer Unterstützung, waffentechnischer Aufrüstung und jetzt auch erwiesener direkter Truppenhilfe durch Russland monatelang behaupten, trotz mässigem lokalem Support. Beide Seiten streben nach einer Internationalisierung, von der sie sich eine Intervention zu ihren Gunsten erhoffen.

Russland greift militärisch immer unverblümt im Nachbarland ein. Die Ukraine drängt immer dringender zur Aufnahme ins westliche Militärbündnis. Die weitere Zuspitzung ist absehbar. Russlands Präsident Putin hat den Konsens nach dem Ende des Kalten Krieges, Konflikte durch internationale Zusammenarbeit und im Einklang mit den völkerrechtlichen Prinzipien anzugehen, aufgekündigt. Wie kann die grossrussische Aggression gegen «Neurussland» gestoppt werden? Wie der erst versteckte und nun offene Krieg gegen das souveräne Nachbarland Ukraine gestoppt

werden? Es wäre allerhöchste Zeit für eine Deeskalation.

Road Map für eine Deeskalation

Auch wenn die besonnenen Stimmen kaum mehr gehört werden dürften, dokumentieren wir einen friedenspolitischen Vorschlag für ein deeskalierendes Verhalten aller Seiten. Er ist zwar aus bundesrepublikanischer Sicht formuliert, aber trotzdem auch für uns anregend. Die Bonner Kooperation für den Frieden, eine Dachorganisation von etwa 60 Friedensorganisationen in Deutschland, hat kürzlich ein Dossier über den Ukraine-Konflikt publiziert, das von den beiden Autoren Andreas Buro, Sprecher des Komitees für Grundrechte und Demokratie, und Karl Grobe, früherer Redakteur bei der Frankfurter Rundschau, verfasst wurde. «Kooperation statt Konfrontation» bietet eine Darstellung der Grundkonstellation des Konflikts und seiner Eskalationsentwicklung. Die abschliessenden Vorschläge für eine Road Map zur Deeskalation des Konfliktes, den die beiden Autoren entwickeln, publizieren wir auf Seite 18. Das Dossier ist über www.koop-frieden.de ladbar und steht auch als Printausgabe zur Verfügung (info@koop-frieden.de).

Der Maidan-Aufstand

Über die Hintergründe des Aufstandes auf dem Kiewer Maidan-Platz berichten auf diesen Seiten Jürgen Kräftner und Cécile Druey (für die letzte Ausgabe hat es knapp nicht gereicht): Um was es den studentischen Protesten der ersten Stunde ging und was sie bewirken wollten, welche gesellschaftlichen Probleme des Grenzlandes, nicht zum ersten Male, zu aufständischen Bewegungen führten, und vor welchen Herausforderungen das Land steht.

(Redaktion)

sich alle grossen Medien gefügig zu machen; deshalb konnten diese Zwischenfälle auch nicht einfach totgeschwiegen werden.

Der Sprachenkonflikt – ein Rückblick

1991 ist, das erste Mal in der Geschichte, auf dem Gebiet der vormaligen Sowjetrepublik die heutige Ukraine entstanden; der neue ukrainische Nationalstaat ist dementsprechend einer der jüngsten in der europäischen Geschichte. Im

täglichen Leben ist in den meisten Landesteilen die parallele Nutzung der ukrainischen und der russischen Sprache üblich und wird von niemandem ernsthaft in Frage gestellt. Allerdings ist besonders in höheren, russischsprachigen Bildungsschichten in den letzten Jahren eine bewusste Hinwendung zum Ukrainischen festzustellen. Die Nutzung der 'eigenen' Sprache im 'eigenen' Land för-

Fortsetzung Seite 16

dert das Zusammengehörigkeitsgefühl, als Reaktion auf die während Jahrhunderten anhaltende Russifizierung. Wie kam es dazu, dass die Sprachenfrage gleich nach der Flucht von Viktor Janukowitsch Ende Februar dieses Jahres für so viel Aufregung sorgte?

In der 1996 verabschiedeten, und grösstenteils bis heute gültigen Verfassung der Ukraine steht: «Amtssprache in der Ukraine ist die ukrainische Sprache. (...) In der Ukraine werden die freie Entwicklung, der Gebrauch und der Schutz der russischen Sprache und der anderen Sprachen der nationalen Minderheiten der Ukraine garantiert». Bis Ende 2004 war die Sprachenfrage kaum ein Thema in der ukrainischen Öffentlichkeit. Das für den Moskauer Kreml und die ostukrainische Oligarchenklasse gleichermaßen traumatische Erlebnis der Orangen Revolution war jedoch der Auslöser für die von Russland aus gesteuerte Gründung und Finanzierung pro-russischer Gruppierungen in zahlreichen ukrainischen Provinzen. Dabei kamen auch erfahrene Aktivisten aus dem zu Russland strebenden moldawischen Sezessionsgebiet Transnistrien zum Einsatz.

Die grausliche Mär von den faschistischen Banden

Auch in der «Partei der Regionen» Viktor Janukowitschs wurde die Bedrohung der russischsprachigen Bevölkerung im Osten durch den als nationalistisch eingestuften Westen des Landes systematisch hochstilisiert – ganz im Sinne der sowjetischen Propaganda aus dem Zweiten Weltkrieg. Die Westukrainer galten seit damals nämlich als Verräter, die mit Nazideutschland kollaboriert hatten; nur eine Minderheit der Bevölkerung im ukrainischen Osten hinterfragt derartige Vorurteile, zu schlecht kennt man sich und zu weit ist man z.B. vom über 1000 km weiter westlich gelegenen Lemberg entfernt.

Unter Janukowitschs Präsidentschaft wurde im Juni 2012 ein neues Sprachengesetz verabschiedet, mit dem das Russische de-facto zur zweiten Landessprache gemacht wurde. Somit war die Sprachenfrage definitiv zum politischen Tagesthema geworden, obwohl der überwiegende Teil der Bevölkerung keine Ursache sah, an der gängigen Praxis etwas zu verändern. Im Rahmen der 'Maidan'-Bewegung wurde diese Pro-



paganda in den pro-russischen Medien massiv verstärkt, deren Einflussgebiet sich vor allem über den Osten des Landes und die Halbinsel Krim erstreckt. Die Rede war von faschistischen Banden, die Russinnen und Russen verfolgen oder gar ermorden.

Grosse Herausforderungen für die Zivilgesellschaft

Am vergangenen 24. August feierte die Ukraine – unter bedrückenden Umständen – den 23. Jahrestag ihrer Unabhängigkeit. Diese 23 Jahre waren geprägt von der hemmungslosen Plünderung des Staates durch regionale Clans; die mächtigsten unter ihnen stammen aus der Ostukraine. Sie hatten kein Interesse an rechtsstaatlichen Verhältnissen, unabhängigen Medien, einer wachen Zivilgesellschaft. Das Parlament diente in erster Linie der Interessenvertretung der Ultrareichen, genauso wie der aufgeblasene und ineffektive Verwaltungsapparat.

Trotzdem entstanden in den vergangenen Jahren vielfältige Bürgerinitiativen. Deren meiste Aktivitäten beschränkten sich unter dem Regime Janukowitsch auf das Sammeln von Informationen und deren Verbreitung an die Öffentlichkeit, in erster Linie über das Internet. Nach dem Regierungswech-

sel, der dieser eher passiven Phase des 'Monitoring' ein Ende setzt, ist die Zivilgesellschaft nun aber gefordert, sich aktiv am radikalen Umbau des Staates zu beteiligen.

Bürgerinitiativen gegen Korruption

Zum Beispiel die junge, aber zugleich sehr effiziente NGO Anticorruption Action Center (ANTAC) in Kiew. Seine Mitglieder sind an der Ausarbeitung neuer Gesetze beteiligt, die mehr Transparenz in die ukrainische Wirtschaft bringen sollen. Bis heute kann über die wahren Besitzverhältnisse der grössten Betriebe, Holdings und Medien der Ukraine nur spekuliert werden. Undurchsichtige Konstrukte via Offshore-Firmen verbergen die eigentlichen Besitzer. Sie zahlen so gut wie keine Steuern und beeinflussen mit riesigen Barzahlungen die grosse Politik. Ausserdem ist das international gut vernetzte ANTAC um die Rückführung von Fluchtgeldern der 'Familie' Janukowitsch bemüht. Die These von ANTAC ist, dass die vollumfängliche Rückführung gestohlener Gelder die Ukraine von jeglicher internationaler Finanzhilfe unabhängig machen könnte.

Zahlreiche andere NGO betreuen Flüchtlinge aus den Krisengebieten. Die Regierung in Kiew ist völlig überfordert



Foto: Alexander Glyadyelov, Kiew

mit dem Problem der Binnenflüchtlinge und hat deren Aufnahme und Betreuung an die Regionen und die nichtstaatlichen Organisationen abgetreten. Die fliehenden Familien wenden sich meist direkt an regionale NGO, die sie im Internet ausfindig machen. Mit deren Hilfe wenden sie sich an die Behörden und versuchen Fragen wie Schulbesuch, Auszahlung von Renten usw. zu lösen.

Der Sonderstatus der Ost-Ukraine

Vermutlich die grösste Herausforderung der kommenden Monate und Jahre wird es sein, in der Bevölkerung des Donbas² Vertrauen in die ukrainische Zentralregierung aufzubauen und sie von den guten Absichten der Leute aus der Westukraine zu überzeugen. Jahrzehntelange Propaganda hat im kollektiven Bewusstsein tiefe Spuren hinterlassen: Den Bewohnern des Kohlreviers im ukrainischen Osten wurde unter Stalin eine Art kollektiver Heldenstatus zugestanden, da sie das sowjetische Vaterland vor der faschistischen Aggression und dem westukrainischen Kleinbürgertum gerettet hätten.

Dieser Sonderstatus der Ostukraine wurde im regionalen Duktus auch nach der Unabhängigkeit der Ukraine weiter-

geführt, da nie eine wirkliche De-Sowjetisierung stattgefunden hat. Die Bedrohung durch ukrainische Nationalisten wurde seit etwa 2005 systematisch heraufbeschworen und der Bevölkerung anlässlich der 'Maidan'-Bewegung von 2013 richtiggehend eingepreist. Dies stösst besonders in der älteren Generation auf offene Ohren, die eine grosse Sowjet-Nostalgie pflegt.

Misstrauen und Verbitterung

Daran, dass seit den 1980er Jahren die meisten Bergwerksschächte verfallen, zahlreiche Menschen arbeitslos sind und sich vom Staat verraten fühlen, ist stets 'Kiew' schuld, ungeachtet dessen, dass dort viele Jahre lang die Interessensvertreter der Donezker und Luhansker Oligarchen die Politik bestimmten. Der Menschenrechtsaktivist Konstantyn Reutskiy stammt selbst aus Luhansk und ist ständig im Konfliktgebiet unterwegs. Er berichtet, wie schwierig die Lage im Osten ist, vor allem in den Gebieten, wo die Separatisten von der ukrainischen Armee vertrieben wurden. Die gesamte Verwaltung ist durchsetzt mit Leuten, die die Separatisten unterstützen haben.

Die meisten von ihnen wurden, zumindest bis anhin, nicht behelligt. Oft sind sie es, die z.B. Hilfslieferungen aus anderen Regionen der Ukraine an die Bevölkerung verteilen; Reutskiy wurde selbst Zeuge davon, wie behauptet wurde, die Hilfe käme von den Separatisten. Nur an wenigen Orten hat nach dem bewaffneten Konflikt der Wiederaufbau

begonnen. Nach einer anfänglichen Erleichterung über das Ende der Gewalt macht sich in der Gesellschaft wieder Misstrauen und Verbitterung breit, die Menschen fühlen sich erneut im Stich gelassen.

Der ukrainische Staat schafft es weder, schnell zu helfen, noch die Bevölkerung mit gesicherten Informationen zu versorgen. Es herrscht zum Teil extreme Not, da wichtige Infrastruktur wie Wasser- und Stromversorgung zerstört wurde; zudem sind zahlreiche private Betriebe, Häuser und Wohnungen zerstört. Freiwillige aus der ganzen Ukraine helfen, wo sie können. Aber ohne massive und rasche Unterstützung aus dem Ausland stehen auch sie auf verlorenem Posten.

Jürgen Kräftner wohnt und arbeitet in der Kooperative Longo maï in Nischnje Selischtsche in den ukrainischen Karpaten. *Cécile Druey* ist Projektkoordinatorin für Osteuropa und Zentralasien bei der Schweizerischen Friedensstiftung swisspeace in Bern.

1 22. Januar 1990, Menschenkette zwischen Lwiv und Donezk für eine unabhängige Ukraine mit mehreren Millionen Teilnehmern; «Ukraine ohne Kutschma», 2000 – 2001; Orangene Revolution November – Dezember 2004; «Steuermaidan», November – Dezember 2010.

2 Donbas ist die verkürzte Bezeichnung des Donezbeckens, das sich über Teile der Oblaste Donezk und Luhansk erstreckt. Wegen ihrer grossen Kohlevorkommen wurde die Region zu Zeiten der Sowjetunion grosszügig industrialisiert. Die wichtigste Stadt, Donezk, trug zwischen 1943 und 1961 den Namen Stalin. Die Stadt wurde erst 1869 gegründet. Anfang des 20. Jahrhunderts lebten hier etwa 50'000 Einwohner, vor dem aktuellen Konflikt waren es 1,1 Millionen.

Foto: Alexander Glyadyelov, Kiew



Eine Road-Map für die Ukraine

Andreas Buro und Karl Grobe machen am Schluss eines im Rahmen eines Monitoring-Projektes zur zivilen Konfliktbearbeitung erstellten Dossiers zum Ukraine-Konflikt Vorschläge für eine Deeskalation und eine friedliche Überwindung des Konflikts:

- ✓ Es besteht die Gefahr einer nicht gewollten militärischen Eskalation zwischen den Grossmächten. Die NATO und Russland erklären deshalb, sie wollten auf keinen Fall den Konflikt militärisch austragen. Deshalb solle zwischen NATO und Russland ein rotes Telefon und ein entsprechender Krisenstab eingerichtet werden.
- ✓ Die EU begrüsst diese Erklärungen und bietet Hilfe zur Deeskalation an.
- ✓ Russland stimmt diesem Vorschlag zu und beteiligt sich an dessen Verwirklichung.
- ✓ Die NATO erklärt, sie beabsichtigt nicht, die Ukraine als Mitglied aufzunehmen und auch nicht in anderer Form mit ihr militärisch zu kooperieren.
- ✓ Die EU erklärt, sie betrachte alle Teile des mit Kiew abgeschlossenen Assoziierungsabkommens, die sich auf eine

militärische Kooperation beziehen, als ungültig.

- ✓ Kiew erklärt sich als neutral, wie es bereits in seiner Verfassung festgelegt ist. Es würde keinem Militärpakt beitreten.
- ✓ Die USA erinnern Russland an den trilateralen Vertrag zwischen der Ukraine, den USA und Russland vom 13.1.1994 in Moskau. Dabei wurden der Ukraine unter anderem Grenzgarantien zugesichert.
- ✓ Russland erklärt sich mit den Neutralität der Ukraine einverstanden und will sie dauerhaft respektieren.
- ✓ Russland beendet daraufhin stillschweigend seine Unterstützung für die Separatisten in der Ost-Ukraine.
- ✓ USA und EU akzeptieren die Neutralitätserklärung der Ukraine und bringen zum Ausdruck, sie dauerhaft respektieren zu wollen. Sie kündigen einen Plan an zur stufenweisen Beendigung ihrer Sanktionen gegen Russland und fordern dieses auf, es ihnen gleich zu tun.
- ✓ Kiew erlässt eine Amnestie für die Separatisten und gestattet ihren unbehinderten Abzug nach Russland.
- ✓ Kiew erarbeitet eine neue föderale Verfassung mit angemessenen Auto-

nomierechten, die auch Minderheiten schützen. In ihr ist eine Wirtschaftsordnung festgelegt mit gleichberechtigten Beziehungen nach West und Ost unter Berücksichtigung der entwicklungspolitischen Bedürfnisse der Ukraine.

- ✓ Die NATO zieht die Streitkräfte wieder ab, die sie während des Konflikts in Mitgliedsstaaten mit einer Grenze zu Russland stationiert hatte.
- ✓ Kiew fordert eine neue Volksabstimmung auf der Krim über deren Sezession. Dabei wird Russland vorab vertraglich zugesichert, dass das Areal um den russischen Kriegshafen Sewastopol unabhängig vom Ausgang der Volksabstimmung exterritoriales Gebiet Russlands bleiben würde. Die Volksabstimmung soll unter strikter Kontrolle der OSZE erfolgen und die Ergebnisse wären verbindlich für alle. Russland müsse sich verpflichten, die kulturellen Rechte der Krimtataren zu respektieren, falls die Abstimmung die Angliederung der Krim an Russland bestätigt.
- ✓ Russland erklärt sich bereit, über die Modalitäten dieses Vorschlags zu verhandeln.
- ✓ USA, EU und NATO heben ihre Sanktionen gegen Russland auf.
- ✓ Russland erklärt sich bereit, mit Kiew über die Lieferung von Öl und Gas und die Verrechnung bestehender Schulden erneut zu verhandeln.
- ✓ Deutschland schlägt in Übereinstimmung mit der EU eine dauerhafte Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) vor – eventuell im Rahmen der OSZE. Auf ihr sollen in mehreren 'Körben' die verschiedenen Themen behandelt und zur Schlichtung von Kontroversen beigetragen werden.
- ✓ Kiew fordert Armenien, Aserbaidschan, Georgien und Moldawien auf, sich ebenfalls für einen neutralen Status zu entscheiden und in regionaler Kooperation bestehende Differenzen – etwa bezogen auf Berg-Karabach und Transnistrien – beizulegen und gemeinsame Interessen zu vertreten.
- ✓ Die NATO verzichtet darauf, sich um einen Beitritt dieser Länder zu bemühen, falls diese sich für neutral erklären sollten.



Foto: Alexander Glyadyelov, Kiew

Nachruf auf Stefan Wigger

Nach langer Krankheit ist Stefan Wigger am 9. Juli 2014 friedlich im siebzigsten Altersjahr entschlafen. Er hatte sich seit Jahrzehnten in der Bewegung gegen die Atomgesellschaft engagiert.

/ Ruedi Tobler/

Kennengelernt habe ich Stefan Wigger anfangs der Achtzigerjahre in Zürich, als der Kalte Krieg seinen letzten Höhepunkt erlebte, in der Auseinandersetzung um die sogenannte Nachrüstung. Für eine Kampagne in der Schweiz suchte der Friedensrat ein Thema, bei dem sich das atomare Wettrüsten zwischen den beiden Militärblöcken mit einer innenpolitischen Frage verbinden liess. Dazu luden wir so viele Interessierte wie möglich ein. Da wurde der Saal an der Gartenhofstrasse 7 bald zu klein. Den Ausweg bot Stefan Wigger an, der gleich nebenan in einem katholischen Studentenfoyer tätig war. Er war nicht nur Gastgeber unserer Sitzungen, sondern hat auch aktiv mitgeholfen, die Bewegung «Wir wollen nicht zu Tode verteidigt werden» aufzubauen. Erste Höhepunkte waren eine grosse Tagung im Dezember 1981 in Luzern und der breit abgestützte Ostermarsch 1982 im Dreyeckland in Basel mit über 20'000 Beteiligten.

Vom Kloster zur Grossfamilie

Es war mir damals nicht bewusst, in welcher schwieriger Lebenslage sich Stefan befand. Der 1944 im Entlebuch geborene Bauernsohn besuchte die Mittelschule im Internat in Fribourg und trat danach in ein Kloster ein. Dort wurde er 1972 zum Priester geweiht und begann ein erziehungswissenschaftliches Studium in Münster. Dieses öffnete ihm die Augen für die strukturellen Ungerechtigkeiten dieser Welt. Er machte eine von ihm durchgeführte Friedensaktion zum Thema seiner Diplomarbeit.

1978 legte er sein Priesteramt nieder und trat aus dem Orden aus. Das bedeutete Arbeitslosigkeit für ihn. Nur dank einem inoffiziellen Arrangement eines Freundes konnte er seinen Lebensunterhalt bestreiten. Im Frühjahr 1982 heirateten Stefan und Annegret Kösters, die auch von Anfang an am Aufbau von «Wir wollen nicht zu Tode verteidigt werden» beteiligt gewesen war. Die beiden zogen

ins Appenzellerland und gründeten eine heilpädagogische Grossfamilie.

Kampf für eine atomfreie Gesellschaft

1986 bin ich mit meiner Familie ins Appenzeller Vorderland umgezogen. Dort hat uns die Atomkatastrophe von Tschernobyl wieder zusammengebracht. Das Friedensthema und der Widerstand gegen die Atomgesellschaft haben Stefan sein Leben lang nicht mehr losgelassen. Als der 'Doyen' der Bewegung gegen atomare Aufrüstung, Willy Kobe, sich in der Nähe von Heiden niederliess, organisierte Stefan einen Informationsabend mit ihm zur Geschichte der Antiatombewegung. Und als 1994 der 7. Bodensee-Ostermarsch nach Rorschach führte, sorgte er für einen Marsch von Heiden nach Rorschach, auf dem wir Willi Kobe bei sich zuhause abholten.

Auch als Stefan Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und dann Präsident der Sektion Vorderland wurde, blieben der Kampf für eine atomfreie Gesellschaft und den Frieden im Zentrum seines Engagements. In einer Veranstaltungsreihe zum 60-Jahr-Jubiläum der SP Heiden bildete 2009 eine Friedenswanderung von Walzenhausen nach Heiden den Schwerpunkt, mit einem Gespräch zwischen der ehemaligen Bundesrätin Ruth Dreifuss und dem Ausserrhoder Regierungsrat Matthias Weishaupt am Vorabend.

Leidenschaftlicher Musiker

Daraus entwickelte sich die Projektgruppe für den Friedensweg im Appenzeller Vorderland, bei dem die Persönlichkeiten Jakob Künzler, Carl Lutz und Paul Vogt in Walzenhausen, Gertrud Kurz in Lutzenberg, Katharina Sturzenegger in Wolfhalden und Henri Dunant in Heiden im Zentrum stehen. Selbstverständlich war Stefan aktiv mit dabei.

Dem Gedenken an 25 Jahre Tschernobyl

war 2011 ein Anlass mit Kultur und Politik gewidmet, die filmische Dokumentation «Tschernobyl nicht vergessen», ein Kurzvortrag von Susan Boos sowie als Schwerpunkt ein unvergessliches Konzert des Volksmusikensembles Krinitchenka aus Weissrussland. Von diesem Anlass stammt unsere Foto von Stefan, die zeigt, wie sehr er auflebte, wenn ein Anlass das 'rein Politische' sprengte und dieses mit Kultur verband. Dann war Stefan – ebenfalls



leidenschaftlicher Musiker – ganz in seinem Element.

Grosse Begeisterungsfähigkeit

Mit seiner Begeisterungsfähigkeit hat er nicht nur den kleinen Kreis der Parteimitglieder zu bewegen vermocht, er war in der Öffentlichkeit und hinter den Kulissen eine prägende Persönlichkeit in der ganzen Region. In den letzten Jahren hat mich sehr beeindruckt, wie er sich von der Krebskrankheit nicht hat unterkriegen lassen. Sie gehörte zwar zu seinem Leben und hat auch seinen Alltag immer stärker beeinflusst, aber er liess sich von seinem Engagement nicht abhalten und hat sich bis zuletzt für seine Umwelt interessiert. Eine solidarische Stütze hatte er in dieser Zeit in Annegret. Sie hat den grössten Verlust zu tragen und wir wünschen ihr auch auf diesem Weg viel Kraft.

Zum Abschluss möchte ich aus dem Nachruf seines engen Freundes Pius Süess zitieren: «In Stefans letzten Lebensmonaten beeindruckte er mich durch seine Gelassenheit. Stefan Wigger hinterlässt uns als Vermächtnis sein ausgeprägtes Gerechtigkeitsempfinden und seine Fähigkeit, andere zu begeistern. Es ist seine Aufforderung an uns, den Kampf für das Gerechte fort zu führen.»

1914-1918: Im Feuer der Propaganda

Auch wenn die Schweiz nicht direkt am Ersten Weltkrieg beteiligt war – das Land befand sich in einem äusserst kritischen Zustand. Von allen Seiten wurde es mit massiver Propaganda zugedeckt. Würde es die ZerreiSSprobe zwischen der mit Frankreich sympathisierenden Romandie und der deutschfreundlichen Deutschschweiz überstehen? Eine Berner Ausstellung des Museums für Kommunikation und der Nationalbibliothek zeigt den Propagandakrieg und die grosse innere Zerrissenheit der Schweiz während des Ersten Weltkriegs in Zeitungen, Zeitschriften, Plakaten, Postkarten, Fotografien und Grafiken, Flugblättern und Depeschen, Manuskripten, Büchern und Filmen.

/ Alexandre Elsig /

Die Ausstellung «Im Feuer der Propaganda. Die Schweiz und der Erste Weltkrieg» konzentriert sich auf die kulturgeschichtlichen Aspekte der Kriegsjahre in der Schweiz und dokumentiert neuste Forschungsergebnisse anhand von vielen unterschiedlichen Medien, die in diesen Jahren grossen Aufschwung erlebten. Sie ist in zwei Häusern zu sehen: Im Museum für Kommunikation an der Helvetiastrasse 16 wird ein Einstieg in die Thematik anhand von zehn wichtigen Medienbeispielen angeboten. In der Schweizerischen Nationalbibliothek an der Hallwylstrasse 15 wird entlang der beiden Kapitel «Zwischen Zwietracht und Zusammenhalt» und «Der Propagandakrieg» eine Weiterführung und Vertiefung präsentiert.

Zwischen Zwietracht und Zusammenhalt

Von 1914 bis 1918 ist die Schweiz eine Gesellschaft im Krieg, ohne wirklich am Krieg teilzunehmen. Durch ihre kulturelle Nähe zu den beiden wichtigsten Kriegsparteien ist sie erst recht betroffen. Die Orientierungslosigkeit nimmt zu, als die Armee nach einer kurzen Phase der Entschlossenheit aufgrund der stetigen Ungewissheit zusehends erlahmt, während das Ungleichgewicht in der Organisation des zivilen Lebens bestehen bleibt. Nachdem sich die Schweiz für einige Wochen dem Geist der 'Uni-



on sacrée' hingeeben hat, versinkt sie in einer tiefen Krise. Das Land sieht sich gezwungen, seine Neutralität nach innen und nach aussen zu rechtfertigen und wird sich gleichzeitig der inneren Instabilität bewusst, die sich durch den tiefen Graben zwischen den Sprachgemeinschaften äussert.

Die Uneinigkeit zwischen den Sympathien der Mehrheit der West- und Deutschschweizer Eliten ist gross. Während die einen mehrheitlich für die Entente Partei ergreifen, stehen die anderen vorwiegend auf der Seite der Mittelmächte. Diese unglückliche Situation wird angeheizt von einer Kriegspropaganda, die mit allen Mitteln die Unterstützung der Neutralen zu gewinnen versucht – in einem Krieg, den alle Beteiligten als defensiv betrachten. Die Erstarrung des Konflikts an der Westfront, der Verlust der wirtschaftlichen Unabhängigkeit des Landes, die vollständige Umzingelung der Schweiz durch den Kriegseintritt Italiens im Mai 1915 sowie die übereifrigen Manipulationsversuche durch die Propaganda verändern die Positionen nach und nach.

«Nur filtriert zu geniessen»

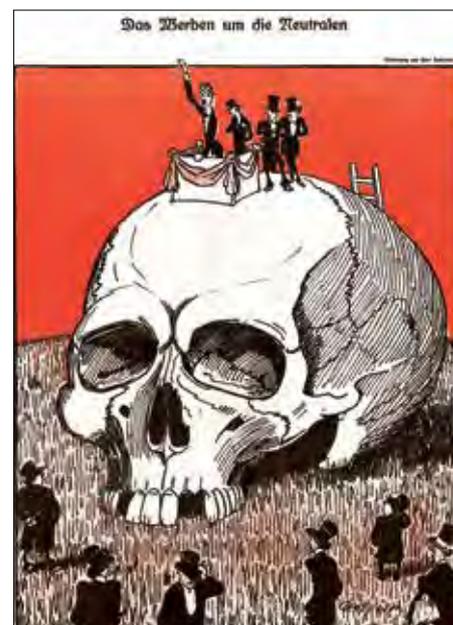
Bestrebungen nach innerer Einigkeit versuchen nun den Graben zu schliessen, der den nationalen Zusammenhalt gefährdet. Nach den Worten einer aufkommenden patriotischen Rhetorik ist

die Schweiz eine «Insel», die es vor einer «Überflutung» durch die ausländische Propaganda zu bewahren gilt. Wie der Dichter Carl Spitteler im Dezember 1914 in einem berühmten Vortrag sagt, sind «[d]ie tausend und abertausend geistigen Einflüsse, die [...] gleich einem segensreichen Nilstrom unsere Gauen befruchtend überschwemmen, [...] in Kriegszeiten nur filtriert zu geniessen.»

Der Bundesrat, der Generalstab und die zivile Gesellschaft schaffen daher verschiedene Organe einer nationalistisch geprägten 'Gegenpropaganda'. Die Soldaten erhalten in den beiden ersten Kriegswintern eine patriotische Ausbildung, die politische Zensur der Schriften und Bilder wird im Juli 1915 offiziell eingerichtet und die Neue Helvetische Gesellschaft, eine patriotische und bürgerliche Vereinigung, führt eine grossangelegte Presseaktion durch, die sowohl die intellektuellen Eliten als auch Familien und Jugendliche erreicht.

Der Propagandakrieg

Die Schweiz bleibt zwar abseits der militärischen Konflikte und Gewaltausbrüche, den massiven Propagandaoffensiven entkommt sie jedoch nicht. Der Konflikt beschränkt sich nicht auf die Schlachtfelder, er ist auch auf kultureller Ebene 'total' und wird im Namen der 'civilisation' oder der 'Kultur' aus-



getragen. Ob Depesche oder Pamphlet, Plakat oder Vortrag, Theater oder Kino, Kinderspiel oder Werbung: Alle verfügbaren Mittel werden von den Kriegsmächten mobilisiert, um die Neutralen von der Rechtmässigkeit des Krieges zu überzeugen.

Der Erste Weltkrieg ist nicht der erste Propagandakrieg und auch nicht der erste Medienkrieg der Geschichte, die Ausmasse nehmen jedoch nie dagewesene Dimensionen an. Die Kriegsmächte setzen neuartige Propagandainstrumente im Ausland ein und die Schweiz nimmt in diesem 'Gericht der Neutralen' einen besonders wichtigen Platz ein. Das im Zentrum Europas gelegene Land wird zur Drehscheibe der europäischen Propaganda, insbesondere für Frankreich und Deutschland. Diese beiden Mächte liefern sich einen erbitterten Kampf, der im Hintergrund von Österreich-Ungarn und Grossbritannien sowie später von Italien, dem bolschewistischen Russland oder den Vereinigten Staaten unterstützt wird.

Die Mehrsprachigkeit der Schweiz und ihre Asyltradition stärken ihre Rolle als Vermittlerin, da ihre Presse und ihre Intellektuellen von denjenigen Ländern wahrgenommen werden, die ihnen kulturell nahestehen. «Das Wort 'neutral' hat einen grossen Marktwert bei den Agenten der Kriegspropaganda», erklärt der Helvetist und Journalist Hermann Schoop, denn die Zeugen sollten «neutral, das heisst unverdächtig» sein. Zwar schürt die Propaganda zunächst die Spannungen zwischen der deutschsprachigen und der lateinischen Schweiz,

später trägt sie aber auch zu einer Stärkung des nationalen Zusammenhalts als gemeinsame Abwehr bei.

Psychologische Kriegsführung

Auch wenn die Propaganda zunehmend als inakzeptable Einmischung verstanden wird, bremsen die Kriegsmächte ihre psychologische Kriegsführung in der Schweiz keineswegs. Sie übernehmen sogar im Geheimen die Kontrolle über schweizerische Einrichtungen, um ihre Beeinflussungsstrategien mit dem Schein der Neutralität zu tarnen. Konkurrenzdenken und Wettbewerb drängen sie zudem zu ständigem Handeln. Kaum eine Möglichkeit zur Einflussnahme entgeht ihnen und die damit verbundenen Bestrebungen treffen Presse und Verlage ebenso wie Tagungen, Bilder, Kunst oder das Kino.

Die Kriegsmächte suchen nach 'Agenten', von denen sie sich Unterstützung in ihrer Sache erhoffen. Als die wichtigsten mobilisierten Netzwerke ihre Absichten vollumfänglich unterstützen, befassen sie sich mit den Widerstandsbewegungen, die zur Entmutigung der Feinde beitragen. Pazifistische Kreise sind begehrt, da sie die Gegner schädigen können. Die schweizerische



Kulturwelt befindet sich also inmitten einer psychologischen Schlacht von bisher unerreichter Heftigkeit.

Alexandre Elsig ist Ko-Kurator der Ausstellung. Sie ist noch bis zum 9. November 2014 täglich an beiden Orten von 10–18 Uhr (Sa/So 10–17 Uhr) geöffnet. Daneben finden Führungen und verschiedene Veranstaltungen statt. Prospekt und weiteres didaktisches Material über www.mfk.ch.

Erster Weltkrieg: Wahrheit und Lüge in Bildern

In diesem Buch stehen die Millionen Menschen im Mittelpunkt, die im Ersten Weltkrieg wie Waffen und Kriegsmaterial eingesetzt wurden und an Hunger, Seuchen, Trauer und Hoffnungslosigkeit starben. Mit Bildern und Dokumenten, die Brigitte Hamann den fünf Kriegsjahren 1914 bis 1918 zuordnet, und durch kurze Texte und Bildlegenden zeigt die Autorin eindrücklich den Alltag des Krieges. Es gelingt ihr mit aller Schärfe zu zeigen, was bis heute noch gilt: Im Krieg klaffen Propaganda und Realität, Lüge und Wahrheit weit auseinander. Nicht zuletzt geht es auch um die mörderische Propaganda, die massive Irreführung durch Politiker

und Militärs, die den Krieg erst möglich machten.

Brigitte Hamann wurde in Westfalen geboren und lebt heute mit ihrer Familie in Wien. Die Historikerin hat während vielen Jahren Propagandakarten, Sterbebilder, Karikaturen, Kriegsankleihen, Briefe und Fotos gesammelt, die Idee hierzu entstand während der Sichtung ihres Familienarchivs, speziell des Nachlasses von Walther Hamann (1889–1961), dem Vater ihres verstorbenen Mannes.

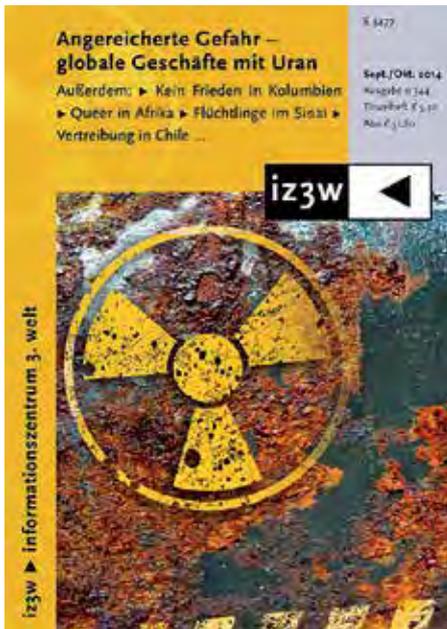
Francine Perret

Brigitte Hamann: **Der Erste Weltkrieg. Wahrheit und Lüge in Bildern und Texten.** Piper Verlag, München, Neuausgabe Februar 2014, 192 Seiten mit 424 meist farbigen Abbildungen, Fr. 33.90

Weitere Infos und Veranstaltungen zum Ersten Weltkrieg

- **Schweizer Postkarten aus dem Ersten Weltkrieg**, hrsg. von Georg Kreis, hier+jetzt Verlag, Baden 2013, 176 Seiten, Fr. 55.–, www.14-18.ch
- **14/18 – Die Schweiz und der Grosse Krieg.** Wanderausstellung in Zürich und Basel (bis 26. Oktober). Weitere Orte und Termine unter www.ersterweltkrieg.ch
- Roman Rossfeld, Thomas Buomberger, Patrick Kury (Hg.): **14/18. Die Schweiz und der Grosse Krieg.** Hier + Jetzt Verlag, Baden 2014, 408 Seiten, Fr. 59.–
- **Fotosammlung Erster Weltkrieg** des Schweizerischen Bundesarchives: https://de.wikipedia.org/wiki/Benutzer:S-wiss_Federal_Archives

Angereicherte Gefahr

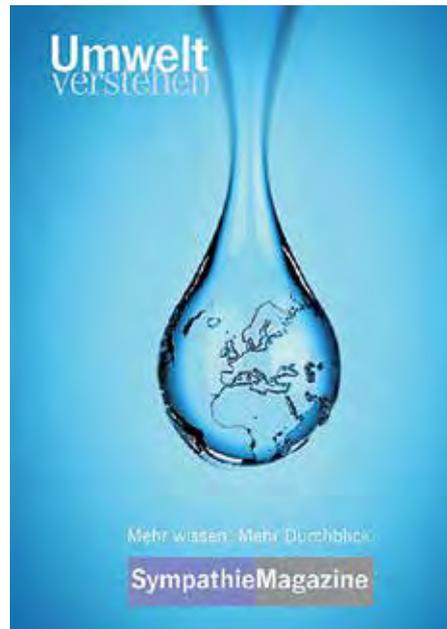


iz3w-Dossier zum globalen Geschäft mit dem Uran

Die neueste Ausgabe der entwicklungs-politischen Zweimonatszeitschrift *iz3w Informationszentrum 3. welt* enthält ein umfangreiches Dossier zur Uranproduktion – Grundlagenstoff für AKW wie Atomwaffen. Redaktorin Martina Backes stellt einleitend unter «Unbeherrschbar» fest, dass die Verwertung des Urans mit der Vervielfältigung von Gewalt einhergeht. Am Beispiel der Geschichte einer Mine in der Demokratischen Republik Kongo – in den Händen von Kriegsherren – wird dies ausgeführt.

Günter Wippel untersucht die irreversiblen Langzeitfolgen des Uranabbaus («Freigesetzte Übel»), in einem weiteren Beitrag werden der Tageabbau in Sichtweite der Dörfer sowie die Geheimniskrämerei rund um den internationalen Handel mit Uran geschildert. Udo Buchholz beschreibt die Gefahrenanreicherung durch das Uran – vom Abbau bis zum Atommüll. Und ein besonders trauriges Kapitel befasst sich mit der Aufhebung des Uran-Förderverbotes in Grönland. Abgerundet wird das Dossier mit einem Interview mit einem indischen Aktivist gegen die Atomindustrie.

iz3w, Ausgabe 344 vom September/Oktober 2014, 52 Seiten, Einzelheft 5.30 Euro, www.iz3w.org



Umwelt verstehen: Ein Kompendium des SympathieMagazine

Das vorliegende *SympathieMagazine* «Umwelt verstehen» lädt ein, sich mit den Werten der natürlichen Umwelt zu beschäftigen – aber auch mit ihrer Zerstörung – und will dazu anregen, Ursache, Wirkungen und Zusammenhänge zu überdenken. Dies reicht von Brasilien, wo die «Rede Tucum» für eine selbstbestimmte und kommunale Tourismusentwicklung kämpfen, über den fairen Kaffeehandel in Asien und Afrika zur Textil- und IT-Technologie, wo in Bangladesh für Tausende zum Teil menschenunwürdige Arbeitsbedingungen herrschen. Auch das Thema «Sprit statt Brot» wird behandelt oder das Landgrabbing. Die Erklärung von Fachbegriffen zu Boden-, Luft- und Gewässerschutz und Tipps, Hinweisen und Adressen wie auch eine Foto zum weltweiten Wasserverbrauch – «Water Footprints der Nation» runden das gelungene und anregende SympathieMagazine ab.

SympathieMagazine: **Umwelt verstehen**. Hrsg. vom Studienkreis für Tourismus und Entwicklung. D-82229 Seefeld-Hechendorf, Einzelheft 4 Euro. www.sympathiemagazine.de



Meinrad Inglin: Schweizerspiegel Neuauflage und Lesung in Auszügen

Meinrad Inglin (1893 – 1971) erzählt in seinem grossen Roman «Schweizerspiegel» die Geschichte einer grossbürgerlichen Schweizer Familie zur Zeit des Ersten Weltkriegs. Das als «Buddenbrooks der Schweiz» gefeierte Werk ist ein einzigartiges Zeitdokument, das dank Inglin's Erzählkunst auch für heutige Leser nichts von seiner Eindringlichkeit verloren hat.

Der «Schweizerspiegel» erzählt die Geschichte der Schweizer Neutralität im Ersten Weltkrieg, vom Besuch des deutschen Kaisers in der Schweiz im Jahr 1912 über die Wahl des Obersten Wille zum General im August 1914, die «Oberstenaffäre» von 1916 und den Rücktritt des Bundesrates Hoffmann im Jahre 1917 bis zum Ende des Landesstreiks 1918. Das Oberhaupt der grossbürgerlichen Familie, Nationalrat Ammann, ist der Typus einer zu Ende gehenden Epoche.

In seinen drei Söhnen spiegeln sich die Tendenzen der Zeit. Während Severin und Paul nach extremen politischen Richtungen auseinanderstreben, bleibt Fred, der jüngste der Brüder, der mehr und mehr zum Mittelpunkt des Romans wird, in einer gemässigten Mitte. So wird dieses Werk zu einem einzigartigen Zeitdokument.

Eine Neuauflage des Buches ist dieses Jahr im Zürcher Limmat-Verlag erschienen: Gesammelte Werke 05 von Meinrad Inglin, *Schweizerspiegel*, hrsg. von Georg Schoeck, 900 Seiten, Fr. 55.–, als e-book Fr. 50.–.

Der Basler Christoph Merian Verlag hat für 34 Franken vier CDs als Hörbuch herausgegeben, auf denen Hanspeter Müller Drossart 285 Minuten lang Auszüge aus dem «Schweizerspiegel» liest. Sie basieren auf der Erstausgabe des Werks im Jahre 1938.

Öffentliches Begleitprogramm zum OSZE-Treffen in Basel

4. - 5. Juli Rathaus/Hotel Rochat	OSZE Basel Forum Konferenz von Basel Peace Office www.baselpeaceoffice.org
18. August - 15. September Oberer Rheinweg	Making Peace Fotoausstellung vom International Peace Bureau (IPB) www.makingpeace.org
30. August, 15:00 Basler Innenstadt	Basel als Friedensstadt* Stadtrundgang mit Prof. Georg Kreis
20. September, 15:00 Basler Innenstadt	Basel als Friedensstadt* Stadtrundgang mit Prof. Georg Kreis
26. September, 18:30 kult.kino.atelier	Klimaflucht – Künftige Herausforderungen für die OSZE Dokumentarfilm & Podiumsdiskussion, organisiert von foraus
Mitte Oktober - Dezember Basler Innenstadt	Making Peace Fotoausstellung vom International Peace Bureau (IPB)
14. Oktober, 18:30 Universität Basel	Russland, der Westen und die Medien Podiumsgespräch organisiert vom Osteuropa-Forum Basel
18. Oktober, 15:00 Basler Innenstadt	Basel als Friedensstadt* Stadtrundgang mit Prof. Georg Kreis
12. November, 19:30 Gare du Nord, Basel	Begegnungen am Südkaukasus Ein Theaterabend mit Jugendlichen und der Schweizer Stiftung artasfoundation
13. November, 18:30 Universität Basel	Energie zwischen Russland, Ostmitteleuropa und der Schweiz Podiumsgespräch organisiert vom Osteuropa-Forum Basel
24. November, 18:30 Universität Basel	Frieden schliessen - aber wie? Gespräch mit der Schweizer Krisendiplomatin Heidi Tagliavini organisiert vom Osteuropa-Forum Basel
29. November, 15:00 Basler Innenstadt	Basel als Friedensstadt* Stadtrundgang mit Prof. Georg Kreis
29. November, 20:00 Ausstellungsraum Klingental	Connecting Spaces. When artists from Sukhum_i, Basel and Tbilisi meet. Vernissage der Kunstausstellung von artasfoundation www.artasfoundation.ch
13. Dezember, 15:00 Basler Innenstadt	Basel als Friedensstadt* Stadtrundgang mit Prof. Georg Kreis

* Anmeldung für den Stadtrundgang erforderlich: www.swisspeace.ch
Programmänderungen können vorbehalten sein.

swiss
peace

Kanton Basel-Stadt

artasfoundation
for peace.

foraus

MAKING
PEACE

IPB International
Peace Bureau

Osteuropa
Forum
Basel

BASEL
PEACE

swisspeace
Güterstrasse 187
CH-4053 Basel
info@swisspeace.ch
www.swisspeace.ch

Zum Internationalen Uno-Friedenstag

Aufruf zur Kundgebung gegen Krieg –
für Solidarität mit dessen Opfern und
für grosszügige Aufnahme von Kriegsflüchtlingen

Wir fordern angesichts der
kriegerischen Auseinandersetzungen
in Syrien, Irak, Kurdistan,
Israel und Palästina, Libyen,
Zentralafrika, Sudan, Eritrea,
Somalia und in der Ukraine:

**I Grosszügige Aufnahme von
Kriegsflüchtlingen bei uns in der
Schweiz. Unterkunft ist auch bei
Privaten zu ermöglichen. I**

**I Stopp aller Waffenlieferungen.
Keine Geschäfte mit Kriegstreibern. I**

**I Verstärkte humanitäre Hilfe für
Flüchtlinge und Notleidende vor Ort.
Unterstützung beim Wiederaufbau
zerstörter Gebiete. I**

**I Einhaltung der Uno-Charta für
den Frieden. I**

Samstag, 20. Sept. 2014,
14 Uhr, Bahnhofplatz St. Gallen

Rede von Anni Lanz,
Menschenrechtsaktivistin, Basel;
Lieder zu Krieg und Frieden: Hans Fässler,
Historiker, Lehrer, St. Gallen;
**Kurzvoten: Demokratisch-Kurdisches
Gesellschaftszentrum St. Gallen
und Schweizerischer Friedensrat**



Es laden ein
als Veranstalter: CaBi Antirassismus-Treffpunkt St. Gallen, Amnesty International St. Gallen, Demokratisch Kurdisches Gesellschaftszentrum St. Gallen, Verein Gerechtigkeit und Demokratie für Sri Lanka, Solidaritätsnetz Ostschweiz, Friedenswoche St. Gallen, Förderverein Bodensee-Friedensweg, Schweizerischer Friedensrat.
als unterstützende Organisationen: Amnesty International Rorschach/Rheintal/Sargans-Werdenberg, Caritas St. Gallen-Appenzell, Claro-Laden Rorschach/St. Gallen, Gewerkschaftsbund AR/SG/TG, Grüne Stadt St. Gallen/TG / Junge Grüne SG, GSoA SG, HEKS Regionalstelle Ostschweiz, IFOR Internationaler Versöhnungsbund, Schweiz, Kulturverein Wattwil und Umgebung, Ökumenische Kommission GFS SG/AJAR, Olivenzweig St. Gallen, Politische Frauengruppe St. Gallen, Religiös-sozialistische Vereinigung der Deutschschweiz, Sozialdemokratische Partei SG / TG / Stadt St. Gallen / JUUSO SG / TG, Theologische Bewegung für Solidarität und Befreiung, SUFO-Organisationskomitee, Verein Frieden und Bildung für die Nuba (Sudan), Volkshaus St. Gallen.

Friedensmarsch in Basel

Am 1. August 2014 fand ein länderübergreifender antinationalistischer Friedensmarsch mit mehreren Hundert Menschen zum Gedenken an den Ausbruch des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren statt. Unterstützt wurde er von Friedensgruppen aus allen drei Grenzregionen, u.a. auch vom Schweizerischen Friedensrat.



friedensbildung
educationalapaix
educacioneallapace .ch

Voranzeige

Wege zu einer Kultur des Friedens
Dritte Tagung zur Friedensbildung
am 29. / 30. November 2014 in Broc FR

Fachtagung mit Referat und Austausch
am Samstag, Workshops am Sonntag.
Das definitive Programm folgt demnächst.
Themenschwerpunkte:

– Die wechselseitige Beziehung von
Frieden und nachhaltiger Entwicklung.
Bildung für nachhaltige Entwicklung
ist das Arbeitsgebiet der letztes Jahr
gegründeten Stiftung éducation21.
Was können wir zur inhaltlichen Um-
schreibung von BNE beitragen?

– Das Recht auf Frieden. Im Rahmen
des Menschenrechtsrates arbeitet
eine Arbeitsgruppe an einer Deklari-
ation zum Recht auf Frieden, mit einem
Schwerpunkt bei der Friedensbildung.
Was können wir davon lernen und wie
können wir zu dieser Diskussion bei-
tragen?

www.friedensbildung.ch



Schwarze Kunst? Zur letzten FRIEDENSZEITUNGS-Ausgabe

Beim schwarzen Schliergg auf Seite 9 der letzten FRIEDENSZEITUNG handelt es sich weder um eine ausgefallene grafische Idee, auch nicht um eine Verschwörung finsterner Mächte, sondern um eine der modernen Technik, kombiniert mit menschlicher Fahrlässigkeit. Ausgerechnet das S des Schweiz. Friedensrates machte sich während der mailmäßigen Übermittlung in unsere Druckerei irgendwie frei, blies sich auf und liess die Druckerfarbe über den ganzen Kasten fließen.

Redaktion



FRIEDENSZEITUNG

DIE FRIEDENSPOLITISCHE ZEITSCHRIFT DES SCHWEIZERISCHEN FRIEDENSRATES



Die einzige friedenspolitische Zeitschrift der Schweiz, die neue **FRIEDENSZEITUNG:**

Aktuell, hintergründig, informativ, über schweizerische und internationale Friedensthemen und -arbeit viermal jährlich vierfarbig

- Jetzt abonnieren: 50 Franken im Jahr
- Jetzt schnuppern: 3 Ausgaben gratis



Name, Vorname Adresse

PLZ/Ort

Datum

Bitte einsenden an **FRIEDENSZEITUNG**, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich oder per Mail anfordern: info@friedensrat.ch